

Bernhard Sauer

Der »Spartakusaufstand«

Legende und Wirklichkeit

Im Januar 2019 jährt sich zum hundertsten Mal der Januaraufstand in Berlin, oft auch »Spartakusaufstand« genannt. Er dauerte nur vom 4. bis zum 11. Januar 1919, war aber doch das herausragende Ereignis der Novemberrevolution, oft bezeichnet als »Marneschlacht der deutschen Revolution«. Arthur Rosenberg nannte den Januaraufstand »die entscheidende Wendung der deutschen Revolution« (Rosenberg 1970: 60). Im Januaraufstand erlitt die revolutionäre Bewegung ihre entscheidende Niederlage – so Eberhard Kolb (Kolb 1962: 148). Auch Peter Lösche sprach von dem Wendepunkt der Novemberrevolution (vgl. Lösche 1967: 170). Wie in einem Brennglas zeigte sich die gesamte Problematik der deutschen Revolution in der Januarerhebung.

Der Krieg, von der systematisch aufgebauten Propaganda der Regierung Bethmann Hollweg anfangs als Verteidigungskrieg gegen den »russischen Despotismus« dargestellt, offenbarte sich immer deutlicher als ein Krieg, der wegen der annexionistischen Kriegsziele geführt wurde. Millionen Menschen bezahlten diese Politik mit ihrem Leben, Tausende kehrten als Krüppel oder traumatisiert von den Schlachtfeldern heim. Es entwickelte sich eine breite Friedensbewegung, die forderte: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Die tragenden Schichten des Kaiserreiches, die den mörderischen Krieg unterstützt hatten, waren in der Novemberrevolution weitgehend entmachteter. Vielerorts übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Verwaltungen. Es herrschte eine demokratische Aufbaustimmung. Doch nach zweieinhalb Monaten war von der Volkserhebung nur wenig übrig geblieben. »Es ist die Frage zu stellen«, so Walter Tormin in einer grundlegenden Betrachtung, »warum trotz der zeitweilig sehr großen Macht der Räte diese Ziele nicht erreicht wurden, warum die Wirkung der Rätebewegung so gering blieb und aus der Revolution ein Staat hervorging, der wenig sozialistische Züge aufwies und dessen demokratischer Charakter so unsicher war, daß die Demokratie nach verhältnismäßig kurzer Zeit weiter vollständig beseitigt werden konnte.« (Tormin 1954: 130) Dies ist in der Tat die entscheidende Frage: Warum konnten die Ziele der deutschen Revolution nicht oder nur sehr unvollkommen verwirklicht werden, obwohl es eine breite Volksbewegung für diese Ziele gegeben hat? Wurden

die Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik bereits in ihrer Entstehungsgeschichte gelegt?

Die Demonstrationen im Januar 1919 waren die größten, die Berlin je erlebt hat. Hunderttausende beteiligten sich. In der Geschichtsschreibung wurde der Berliner Aufstand jahrzehntelang als »Spartakusaufstand« bezeichnet. Die SPD erklärte damals, dass der »Spartakusbund« hinter dem Aufstand gestanden habe. Von Seiten der Freikorps wurde die Behauptung aufgestellt, dass damals Deutschland dem Bolschewismus anheimgefallen wäre, wenn nicht die Freikorps mit ihrem Einsatz Deutschland davor bewahrt hätten. So schrieb beispielsweise Friedrich Wilhelm v. Oertzen, einer der bedeutendsten Freikorpschronisten, der selber den Januaraufstand miterlebt hat und sich später dem Nationalsozialismus anschloss: »Der Versuch der Spartakisten, eine zweite proletarische Revolution zu entfesseln, war – jedenfalls in Berlin – durch den Einsatz der Freikorps gescheitert.« (v. Oertzen 1936: 281)

Es wurde ein Szenarium entworfen, wonach in Deutschland die zweite bolschewistische Phase der Revolution unmittelbar bevorstand. »Die russische bolschewistische Regierung«, so wurde behauptet, »lasse den Rubel zu Millionen rollen, um die spartakistische Bewegung in Deutschland jetzt zum Sieg zu führen.« (Stadtler 1935: 44) Insbesondere das Erscheinen von Karl Radek wurde als Alarmzeichen gewertet.¹ »Radek«, so hieß es in einer dieser Darstellungen, »sei im Auto des Polizeipräsidenten langsam die Linden entlang gefahren und habe zum Volk gesprochen. Er habe die Leute auf der Straße aufgefordert, auszuharren, bis die russischen Truppen in Berlin seien.« (v. Kessel 1933: 151) Auch Gustav Noske behauptete, Berlin habe im Januar 1919 »unmittelbar vor der bolschewistisch-proletarischen Diktatur« gestanden, die nur mit den von ihm aufgestellten Truppen verhindert werden konnte (Noske 1928: 35f.).

Diese Sichtweise wurde später von weiten Teilen der Geschichtsschreibung übernommen. So schrieb beispielsweise ein Vertreter dieser Richtung: »Die SPD hatte die Krise mit Hilfe gegenrevolutionärer und antidemokratischer Kräfte, der Freikorps, gemeistert, die bald ihre Rechnung präsentieren sollten. Wie anders aber hätte die Regierung eine demokratische Republik errichten und die Einheit des Reiches bewahren können?« (Tormin

¹ Radek war als Abgesandter der bolschewistischen Regierung nach Deutschland gereist, um am Gründungsparteitag der KPD teilzunehmen. Dass er im Auto langsam unter den Linden entlanggefahren sei und zu den Menschen gesprochen habe, davon ist allerdings nichts bekannt.

1973: 92) Diese These galt in der deutschen Geschichtsschreibung jahrzehntelang als unumstößliches Dogma. Auch nach Karl Dietrich Erdmann stand Deutschland nach Kriegsende vor der unausweichlichen Alternative: Bolschewismus oder Bündnis der SPD mit dem alten Offizierskorps und der alten Bürokratie. Es gab nur ein Entweder-oder: »die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem des alten Offizierskorps.« (Erdmann 1955: 7)

Dieser Sichtweise hat Eberhard Kolb als einer der ersten widersprochen. In seiner umfangreichen Analyse der Arbeiterräte kommt Kolb zu dem Ergebnis, dass die SPD die Bolschewistenfurcht selbst mit erzeugte. Es sei »seit Januar eine regelrechte Psychose herangezüchtet worden« (Kolb 1962: 406). Die SPD habe sehr wohl einen breiteren Handlungsspielraum gehabt, ein einfaches Entweder-oder gab es nicht. Reinhard Rürup argumentierte in ähnlicher Weise: »Man muss vielleicht deutlich sagen, dass der Januaraufstand kein Spartakusaufstand war, weil das ein verbreitetes Missverständnis noch heute ist, die meisten Leute sprechen vom Spartakusaufstand, es war eine spontane Massenbewegung, die weitgehend führerlos war.« Er stellte fest, »die in älteren Darstellungen vorherrschende These, dass während der Revolution die größte Gefahr von links gedroht habe, hat mit jeder aus der Quelle gearbeiteten Untersuchung immer mehr an Boden verloren« (Rürup 1975: 8).

Wolfram Wette widersprach ebenfalls in seiner Biografie über Gustav Noske der bislang gängigen Geschichtsbetrachtung: Die Furcht vor einer »bolschewistischen« Machtergreifung war seiner Meinung nach unbegründet. Die »bolschewistische Gefahr« sei ein »propagandistisch erzeugter Popanz, keine Realität«. Mit dieser Propaganda sollte der Gewalteinsatz der Freikorps gerechtfertigt werden (vgl. Wette 1987: 792). Ottokar Luban analysiert in einem grundlegenden Aufsatz zu Rosa Luxemburg differenziert das Verhalten des Spartakusbundes während der Januarerhebung und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass der Spartakusbund weder Initiator noch Träger des Aufstandes war. Innerhalb der Führung des Spartakusbundes gab es unterschiedliche Meinungen und insgesamt waren die Einflussmöglichkeiten des Bundes sehr beschränkt (vgl. Luban 2001).

Die Januarerhebung als herausragendes Ereignis in der deutschen Geschichte wird auch nach 100 Jahren kontrovers interpretiert. Nach Rürup ist dies auch nicht verwunderlich, denn bei »einer Revolution, deren Frontstellungen unübersehbar mit zeitgeschichtlichen Erfahrungen und poli-

tischen Überzeugungen auch unserer Gegenwart verbunden sind«, kann von der Forschung kein einheitliches Bild der geschichtlichen Ereignisse erwartet werden. »Die Interpretation der Revolution ist in hohem Maße von den politischen Interessen und Kategorien des jeweils Urteilenden abhängig ...« (Rürup 1975: 11) Doch unabhängig von dem politischen Standpunkt des jeweiligen Betrachters ist es zunächst einmal notwendig, die historischen Fakten im Einzelnen möglichst wahrheitsgetreu darzustellen. Dies geschieht häufig nicht. Oft werden in den Darstellungen zum Januaraufstand einzelne Ereignisse herausgegriffen, zuweilen auch verzerrt oder falsch dargestellt. Der Januaraufstand war ein überaus komplexer Vorgang, die Ereignisse haben sich häufig überschlagen und in wenigen Stunden konnte eine völlig neue Situation entstehen. Um sich ein möglichst genaues Bild von den Abläufen der Januarerhebung zu machen, ist es notwendig, den Januaraufstand nach Tagen zu strukturieren und diese dann in ihrem Verlauf detailliert darzustellen, wobei neben der vorhandenen Literatur vor allem auch die damaligen Zeitungsberichte und -kommentierungen als authentische Quelle hinzugezogen werden sollen. Eine detaillierte Darstellung nach Tagen geordnet gibt es bislang noch nicht, aber nur so kann ein fundierteres Bild der damaligen Ereignisse gegeben werden. Auf dieser Grundlage ist dann auch die Beantwortung der zentralen Fragen möglich: Stand hinter der Januarerhebung der Spartakusbund? Gab es damals tatsächlich eine bolschewistische Bedrohung? War der Freikorps Einsatz unvermeidlich oder gab es Alternativen zu dem Gewalteininsatz der Freikorps?

Der dramatische Verlauf des »Spartakusaufstandes«

Sonnabend, 4. Januar 1919

Ausgelöst wurden die Januar-Unruhen durch die Absetzung des kommissarischen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD). Am 4. Januar, einem Sonnabend, trafen sich daraufhin im Polizeipräsidium der Vorstand der Berliner USPD, die Revolutionären Obleute – jener Kreis linker, von den Gewerkschaften unabhängiger Vertrauensleute, die im Verlauf des Ersten Weltkrieges vor allem in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet wurden – sowie Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck als Vertreter der neu gegründeten KPD mit Eichhorn und beschlossen, für den 5. Januar zu einer Protestdemonstration gegen die Regierung Ebert-Scheidemann aufzurufen.

Sonntag, 5. Januar 1919

Mehr als hunderttausend Menschen folgten dem Aufruf. Viele waren bewaffnet. Einige hundert Demonstranten, die bewaffnet waren, zogen auf eigene Faust in Richtung Zeitungsviertel und besetzten die Druckerei des sozialdemokratischen »Vorwärts«, das »Berliner Tageblatt«, die großen Betriebe von Mosse, Ullstein, Scherl, Büxenstein und das Wolffsche Telegraphenbüro. Dies geschah spontan, ohne Anweisung der »Revolutionären Obleute«. Ein Beteiligter erinnert sich: »Es ist niemals festgestellt worden, wer eigentlich die Losung ›Auf zum Vorwärts!‹ ausgegeben hat. Es wurde in den folgenden Jahren viel darüber diskutiert, ob es ein Provokateur gewesen sein könnte. Das ist möglich. Doch kann es ebenso gut ein Demonstrant gewesen sein, der durch die ungeheure Menschenmenge in Wallung geraten war. So entstehen eben spontane Aktionen; irgendjemand gibt die Parole aus, die in der Luft liegt. Das gehört zur Atmosphäre erregter Zeiten. Unbestreitbare Wahrheit ist, daß der Zug zum ›Vorwärts‹ nicht vorbereitet war« (Retzlaw 1976: 116). Andere bewaffnete Gruppen



5.1.1919: Bewaffnete Arbeiter besetzen das Berliner Zeitungsviertel. Hier eine Aufnahme vom Dönhoffplatz – Demonstranten auf dem Weg zur Lindenstraße und Zimmerstraße (Foto: Willy Römer).

besetzten später die großen Bahnhöfe. Die KPD begrüßte die Besetzung. In der »Roten Fahne« hieß es: »Die Arbeitermasse hat abermals spontan den ›Vorwärts‹ besetzt. Die brutalen Provokationen der Ebert-Reptile gerade in den letzten Tagen haben die Geduld und Gutmütigkeit der Groß-Berliner Arbeiter auf eine zu harte Probe gestellt. Eine so gefährliche Waffe in den Händen der Feinde der Revolution länger lassen, hieße in der Tat an den vitalsten Interessen der Revolution Verrat üben. Die Zurücknahme des ›Vorwärts‹, des geraubten rechtmäßigen Besitzes der Berliner Arbeiterschaft, ist ein selbstverständlicher Akt revolutionärer Notwehr. Hoffentlich läßt sich ihn die Arbeiterschaft diesmal nicht wieder entgleiten!« Weiter schrieb die »Rote Fahne«: »Die Proletarier des ganzen Reiches blicken in dieser Stunde auf Berlin. Für die Berliner Arbeiter und Soldaten gibt es nur eine Losung: Kampf bis zum letzten Atemzug unter dem Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann!«

Unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration fand noch am Abend des 5. Januar eine weitere Versammlung im Polizeipräsidium statt: 70 Revolutionäre Obleute, 10 Vorstandsmitglieder der USPD, zwei Vertreter der KPD (Liebknecht, Pieck) sowie Eichhorn. Die Konferenz stand, wie ein Teilnehmer berichtete, »ganz im Banne der gewaltigen Demonstration, ohne sich zunächst darüber schlüssig zu werden, was weiter geschehen müsse.« (zit. nach Haffner 2008: 157) Heinrich Dorrenbach als Vertreter der Volksmarinedivision erklärte, »nicht nur die Volksmarinedivision, auch alle anderen Berliner Regimenter stehen hinter den Revolutionären Obleuten und sind bereit, mit Waffengewalt die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen.« (ebd.:157f.)

Die Soldatenvertreter warnten. Die Berliner Truppen hätten immer geschwankt und es sei noch nicht einmal sicher, ob Dorrenbach seine eigenen Leute hinter sich habe. Doch insbesondere Liebknecht trat für ein offensives Vorgehen ein. Er erklärte, »daß bei diesem Stand der Dinge nicht nur der Schlag gegen Eichhorn abgewehrt werden müsse, sondern der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann möglich und unbedingt notwendig sei.« (zit. nach Winkler 2002: 388)

Nach Richard Müller waren Liebknecht und Pieck diejenigen, die die radikalsten Forderungen aufstellten. Mit 80 gegen sechs Stimmen wurde schließlich beschlossen, »den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturz durchzuführen« (zit. nach Haffner 2008: 158). Richard Müller und Ernst Däumig, die beiden Führer der Obleute, wandten sich gegen diesen Beschluss; sie meinten, dass die Voraussetzungen für eine Re-

gierungsübernahme nicht gegeben seien.² Däumig warnte eindringlich »vor einer Massenaktion mit dem Ziel eines Regierungsumsturzes, da diese Bestrebungen wegen des Fehlens jeglicher Planung auf Berliner und überregionaler Ebene nur mit einem Fiasko für die Revolutionäre Linke enden könne« (Luban 2008: 74).

Dennoch wurde ein 33-köpfiger Revolutionsausschuss gebildet, indem Georg Ledebour, Karl Liebknecht und Paul Scholze gemeinsam den Vorsitz übernahmen und der zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung aufrief. Dieser Revolutionsausschuss – so Pieck in einem detaillierten Bericht, der allerdings erst später in der Öffentlichkeit bekannt wurde (Luban 2001: 4f.) – beschloss in der ab zwölf Uhr nachts stattfindenden Sitzung, »noch in der Nacht die Kabinettsmitglieder zu verhaften, die militärisch wichtigen Gebäude am Montag zu besetzen«, die Arbeiter zu bewaffnen und Kommissionen einzurichten. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse kam es jedoch nicht mehr. Unter Protest von Pieck löste sich der Revolutionsausschuss gegen zwei Uhr nachts auf. Im Anschluss an diese Sitzung verhandelten jedoch noch Liebknecht und drei weitere Mitglieder des »Revolutionsausschusses« – darunter wohl auch Pieck – mit Dorrenbach. Dieser erklärte sich bereit, Matrosen zur Verhaftung der Regierungsmitglieder einzusetzen. Doch blieb auch dieser Plan im Ansatz stecken.

Wie dilettantisch die »Regierungsübernahme« in Angriff genommen wurde, zeigte sich am folgenden Tag: Zur Besetzung von Regierungsgebäuden wurden einige Trupps ausgesandt, die zu ihrer Legitimation eine maschinenschriftliche Erklärung des Revolutionsausschusses über die Absetzung der Ebert-Scheidemann-Regierung und über die vorläufige Übernahme der Macht durch das revolutionäre Gremium erhielten. Vor dem Kriegsministerium erschien am 6. Januar ein Trupp von etwa 300 Bewaffneten unter Führung des Matrosen Wilhelm Lemmgen aus dem Marstall mit dem Auftrag, das Kriegsministerium zu besetzen. Der Matrose verlangte die Übergabe des Kriegsministeriums und verwies auf das mitgebrachte Schriftstück. Der amtierende Leutnant Hamburger wies den Ma-

² Eine vergleichbare Kontroverse hatte es schon bei der Gründung der KPD gegeben. Es ging um die Frage, ob die »Revolutionären Obleute« sich der neugegründeten KPD anschließen sollten. Richard Müller verlangte, dass zuvor der Spartakusbund seine Putschtaktik aufgeben müsste, worauf Liebknecht erwiderte: »Richard Müller erklärte, in erster Linie müsse verlangt werden, daß wir unsere festgesetzte Putschisten-Taktik aufgeben. Ich erwiderte ihm sofort, er scheine ein Vertreter des »Vorwärts« zu sein.« (Zit. nach: Flechthelm 1948: 46)

trosen darauf hin, dass die Unterschrift der »neuen Regierung« nur mit Maschine geschrieben, und daher nicht »beweiskräftig« sei. Er gab dem Matrosen eine schriftliche Erklärung mit, das Kriegsministerium sei bereit, sich der »neuen Regierung« zu übergeben, doch müsste die Proklamation erst handschriftlich unterschrieben sein.

Der Matrose und seine Begleiter zogen nach dem Marstall zurück und kehrten nach geraumer Zeit mit den Unterschriften der Vorsitzenden des »Revolutionsausschusses«, Ledebour, Liebknecht und Scholze, zurück, wobei Liebknecht auch für den abwesenden Ledebour unterzeichnete. In dem Schriftstück steht: »Kameraden! Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Die ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss ... für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. ...« Der »Vorwärts« veröffentlichte dieses Dokument nach seiner Wiederzulassung am 14. Januar und schrieb unter der Überschrift: »Das Dokument der Schuld«: »Leutnant Hamburger nahm das kostbare Dokument dankend an sich – von einer Uebergabe des Kriegsministeriums war aber freilich dann nicht mehr die Rede. Die dummen Teufel im Marstall waren einfach hineingefallen und hatten den vollen Beweis ihrer verbrecherischen Schuld in die Hand des Gegners gespielt. Es ist kennzeichnend für die zynische Gewissenlosigkeit, aber auch für den naiven Größenwahn Karl Liebknechts, dass er glaubte, er könne mit einem Federstrich das ganze Kriegsministerium zu Untreue, Meuterei und Rebellion verleiten.«³

Montag, 6. Januar 1919

Der Revolutionsausschuss siedelte am Montagvormittag in den Marstall über, dem Sitz der Volksmarinedivision. Dem Aufruf des Revolutionsausschusses folgend, traten viele Berliner Betriebe am 6. Januar in den politischen Streik. Die Massen waren an diesem Montagmorgen noch zahlreicher erschienen: Etwa 200.000 Menschen säumten die Straßen von der Siegesallee bis hin zum Alexanderplatz.

Die »Rote Fahne« bemerkte zu der Großdemonstration: Dies sei »keine Rebellion, das ist eine Revolution«, und fuhr dann fort: Noch vor 3 Wo-

³ Vorwärts, Nr. 23 vom 14.1.1919. Im Ledebour-Prozess wurde eine andere Darstellung des Vorfalls gegeben. Demnach ging Lemmgen, dem unterdessen Bedenken gekommen waren, mit dem unterzeichneten Dokument nicht zum Kriegsministerium, sondern nach Hause und übergab es erst später einem Vertreter der SPD-Regierung (vgl. Luban 2008: 81).

chen schienen Ebert-Scheidemann im Zenith ihrer Macht zu stehen. »Die blöden Toren! Noch sind keine zwanzig Tage seitdem verflossen und ihre scheinbare Macht ist über Nacht ins Wanken geraten. Die Massen sind eben die wirkliche Macht, die reale Macht kraft ihrer Interessen, kraft der historischen Notwendigkeit, kraft des ehernen ›Muß‹ der Geschichte.« Unaufhaltsam schreite die Revolution vorwärts, mit all ihrem äußeren wirren Verlauf, mit der abwechselnden Ebbe und Flut. »Die Masse muß eben im Kampfe selbst zu kämpfen, zu handeln lernen.« Zugleich stellt das Blatt die Frage: »Sind aber ihre Führer, die ausführenden Organe ihres Willens, auf der Höhe? Sind die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe, sind die radikalen Elemente der U.S.P. inzwischen an Tatkraft, Entschlossenheit gewachsen? Hat ihre Aktionsfähigkeit mit der wachsenden Energie der Massen Schritt gehalten? Wir befürchten, die Frage nicht mit einem glatten Ja beantworten zu können. Wir fürchten, die Führer sind noch dieselben, wie sie am 9. November waren, sie haben wenig hinzugelernt.«

Vor allem aber warnte das Blatt vor Verhandlungen und Kompromissen: »Andere, pflaumenweiche Elemente sind sicher schon fleißig am Werke, um ›Verhandlungen‹ anzubahnen, um Kompromisse herbeizuführen, um über den blutigen Abgrund, der sich zwischen der Arbeiter- und Soldatenmasse und der Regierung Eberts aufgetan, eine Brücke zu schlagen, um die Revolution zu einem ›Vergleich‹ mit ihren Todfeinden zu verleiten. Da ist keine Zeit zu verlieren. Da müssen sofort durchgreifende Maßnahmen vorgenommen werden. Den Massen, den revolutionstreuen Soldaten müssen klare und rasche Direktiven gegeben, ihrer Energie, ihrer Kampflust müssen die richtigen Ziele gewiesen werden. Die schwankenden Elemente unter den Truppen können nur durch entschlossenes, klares Handeln der revolutionären Körperschaften für die hiesige Sache des Volkes gewonnen werden. Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent, das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der revolutionären Obleute und der ehrlich-sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet. Ihre Stunden zählen in der Weltgeschichte für Momente und ihre Tage für Jahre. Mögen sich die Organe der Revolution ihrer hohen Pflichten bewußt sein!«⁴

Aber auch die »Rote Fahne« sagte nicht, worin das Handeln bestehen sollte, außer dass die Massen sich bewaffnen und alle Machtpositionen be-

⁴ Rote Fahne, Nr. 7 vom 7.1.1919.

setzen sollten. Die Masse der Demonstranten, von denen einige wieder bewaffnet waren, blieb auch am 6. Januar ohne klare Direktiven und Zielsetzungen. Sie warteten auf Anordnungen der Führung. Doch es geschah nichts. Der Revolutionsausschuss war unfähig, irgendwelche Entscheidungen zu treffen, er war noch nicht einmal in der Lage, untereinander über die nächsten Maßnahmen zu beraten. Es herrschte ein ständiges Kommen und Gehen. Deren führende Mitglieder waren damit beschäftigt, Reden vor den Demonstranten zu halten. Ein Teilnehmer der Demonstration beschrieb die Situation so: »Es war ein ganz wirres Durcheinander.«⁵ Einzelne Gruppen machten sich wieder selbständig und besetzten noch ein paar öffentliche Gebäude so u.a. das Spandauer Rathaus. Die Masse jedoch, desillusioniert und des langen Wartens müde, strömte am Abend nach Hause.

Aufgeschreckt durch die Besetzung des Zeitungsviertels und die Aufrufe zum Sturz der Regierung hatten sich in den Morgenstunden des 6. Januar viele Tausende Anhänger der SPD in der Wilhelmstraße eingefunden, um notfalls den Schutz der Regierung zu übernehmen (vgl. v. Oertzen 1936: 261). Aus der Demonstration der regierungstreuen Arbeiter heraus wurde der »freiwillige Helferdienst der sozialdemokratischen Partei« unter der Leitung des Verlegers Artur Baumeister und des Unteroffiziers der Reserve Liebe gebildet. Dieser Helferdienst stellte in den nächsten Tagen zwei militärische Formationen mit insgesamt 4.500 Mann auf, nämlich das »Regiment Liebe« und das »Regiment Reichstag« (Wette 1987: 325). Kuttner hielt vor regierungstreuen Demonstranten, die sich am 7. Januar erneut vor dem Reichskanzlerpalais versammelten, eine Ansprache, in der er die Anwesenden aufforderte, »die Verteidigung der Regierung durch die Tat in die Hand zu nehmen« (ebd.). Daraufhin schloss sich ein Trupp von 150 Mann zusammen, der dann sogleich das Brandenburger Tor besetzte.

Am Morgen des 6. Januar war auch die Reichsregierung zusammgetreten. Ebert äußerte dabei den Standpunkt, dass die Regierung sich eine Truppe schaffen müsse, auf die sie sich verlassen könne, Noske ergänzte, dass »nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen« (Noske 1920: 68). In der Folge ging es nur noch um die Frage, wer mit dieser militärischen Aufgabe betraut werden sollte. Die Frage, ob die Bekämpfung von Unruhen nicht eine polizeiliche Aufgabe sei, die in den Zuständigkeitsbereich des preußischen Innenministers fiel, wurde nicht gestellt.

⁵ So der USPD-Arbeiterrat Stahlwerk auf einer parteiinternen Sitzung (zit. nach: Luban 2001: 6).

Zunächst wurde der Kommandeur der in Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Generalleutnant v. Hoffmann, vorgeschlagen, als jedoch eingewendet wurde, dass die Arbeiter gegen einen General größte Bedenken hegen würden, wurde schließlich Noske ins Spiel gebracht, der die militärische Befehlsgewalt schließlich mit den mittlerweile berühmt gewordenen Worten übernahm: »Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!« (ebd.)

Noske begann seine militärische Tätigkeit damit, dass er sich ins Generalstabsgebäude begab, um mit den Herren des Stabes der Abteilung Lüttwitz die militärische Lage durchzusprechen. Die Abteilung Lüttwitz – wenige Tage später in Generalkommando Lüttwitz umbenannt – war die von der Obersten Heeresleitung bestimmte Spitze aller Freikorps in und um Berlin. Im Generalstabsgebäude erfuhr Noske allerdings eine bittere Enttäuschung: Die Organisation der Freikorps – so wurde ihm erläutert – sei keineswegs abgeschlossen und dauere mindestens noch eine Woche. Als Stabsquartier der aufzustellenden Freikorps wurde das Luisenstift in Berlin-Dahlem vorgesehen, wo sich schon der Divisionsstab der Garde-Kavallerie-Schützen-Division befand. Die einzige militärische Formation, die sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin befand, war das im Moabiter Kasernenblock stationierte Regiment Reinhard. Oberst Wilhelm Reinhard übernahm zusammen mit seinem Ordonnanzoffizier, Oberleutnant Hans von Kessel, neben der Moabiter Kaserne die Sicherung der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes. Außerdem übernahmen Teile der Republikanischen Soldatenwehr die Verteidigung des Regierungsviertels.

Am Abend des 6. Januar zeichnete sich schon ab, dass der Aufstand aufgrund der Desorganisation in den eigenen Reihen gescheitert war. Hinzu kam, dass entgegen den verbreiteten Erwartungen alle in Berlin stationierten militärischen Formationen sich in den politischen Auseinandersetzungen für neutral oder zugunsten der Ebert-Scheidemann-Regierung erklärten. Selbst die Volksmarinedivision widerrief die von Dorrenbach gegebene Unterstützung. Dorrenbach wurde abgewählt und die »Revolutionären Obleute« mit den »größten Schimpfworten aus dem Marstall gewiesen«. ⁶ Von der Volksmarinedivision aus dem Marstall hinausgeworfen, begab sich der Revolutionsausschuss in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Dort diskutierten die »Revolutionären Obleute« einen Vorschlag der USPD-Führer, mit der mehrheitssozialdemokratischen Regierung in

⁶ So Pieck in seinem Manuskript von 1920 (zit. nach: Luban 2001: 8).

Verhandlungen zu treten. Breitscheid, Dittmann, Kautsky sowie Cohn-Reuß hatten ein Vermittlungsangebot vorgelegt. Es sollte eine »Kommission zur Schlichtung der vorliegenden Differenzpunkte« eingerichtet werden, um blutige Zusammenstöße zu vermeiden. »Die Freiheit« erläuterte diesen Schritt: »Der 6. Januar ist stürmisch verlaufen. Alle sozialistischen Parteien haben den Massenstreik proklamiert und ihre Anhänger auf die Straße gerufen. Es ist an manchen Orten zu Zusammenstößen gekommen und es sind leider auch Opfer gefallen, Opfer, die nicht gebracht worden sind im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, sondern in einem Kampf, der vermieden hätte werden können zwischen Arbeitern. In dem Moment höchster Spannung, als eine große Katastrophe fast schon unabwendbar schien, da hat unsere Parteileitung eingegriffen. In den ersten Nachmittagsstunden beschloss sie eine Vermittlung zu versuchen. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.« Zum Schluss betonte das Blatt: »Wir wollen keinen Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterschaft, wir wollen den Sieg der ganzen vereinten Arbeiterklasse.«⁷ Die an der Beratung teilnehmenden Vertreter des Spartakusbundes, Liebknecht und Pieck, lehnten die Verhandlungen entschieden ab. Die »Freiheit« meinte dazu, dass »dieser Verzicht auf den Gang der Verhandlungen und die weiteren Ereignisse wohl ohne jeden Einfluß bleiben« wird.⁸

Die Verhandlungsaufnahme wurde am späten Montagabend mit 51 zu zehn Stimmen von den »Revolutionären Obleuten« gebilligt. Die Verhandlungen wurden noch am Montagabend aufgenommen. Es wurde eine Kommission gebildet, in der auf Seiten der SPD-Regierung u.a. Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissel saßen. Der Zentralvorstand der USPD und die revolutionären Obleute bestimmten je sechs Vertreter zu den Verhandlungen. Sie stellten vier Waffenstillstandsforderungen: beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten, beiderseits keine weiteren Heranziehungen von Truppen, beiderseitige Abschiebung der schon herbeigeschafften Truppen und beiderseits keine weitere Herbeischaffung von Waffen und Munition.⁹ Ebert erklärte, es sei ihm eine Gewissenssache, Gewalt nur zur Abwehr anzuwenden. »Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen.«¹⁰ Die Vermittler erzielten eine Erklärung, dass sie bereit seien, ihre Anhänger aufzufordern, keine Gewalt anzuwenden.

⁷ Die Freiheit, Nr. 11 vom 7.1.1919.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Die Rote Fahne, Nr. 9 vom 9.1.1919.

¹⁰ Zit. n.: Wette 1987: 303.

Die »Rote Fahne« wandte sich in einer Erklärung entschieden gegen die Aufnahme von Verhandlungen: »Während die revolutionären ›Führer‹ beraten und die Ebert-Noske handeln, suchen die Haase und Gen. auch eine ihnen angemessene Rolle in der Revolution zu spielen: Sie haben sich an den Zentralrat gewendet, mit dem Anerbieten, einen Vergleich zu ›vermitteln‹. Der Zentralrat hat darauf gnädig geruht, das Anerbieten anzunehmen. Der Zentralvorstand der U.S.P. sowie die revolutionären Obleute haben sich nun darauf hingesezt, um jene Vorschläge zu beraten. Dies die letzte Nachricht vom Kriegsschauplatz. 700.000 Tatenlustige, von revolutionärer Energie strotzende Proletarier irren in den Straßen Berlins directionslos herum, und die revolutionären Körperschaften – beraten über einen ›Vergleich‹ mit Ebert-Scheidemann. Arbeiter! Soldaten! Erscheint auf den Ruf der revolutionären Führer um 9 Uhr wie ein Mann in der Siegesallee, und erhebt einen so energischen, gellenden Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann!, daß diesen Führern jede Lust zu ›Verhandlungen‹ vergeht und ihnen Mut zu Taten kommt!«¹¹

Dienstag, 7. Januar 1919

Am Dienstag, den 7. Januar, erlebte Berlin noch einmal eine eindrucksvolle Demonstration. Die »Rote Fahne« schrieb voller Euphorie: »Der Kampf geht weiter. Die Berliner Massen erschienen immer wieder auf der Straße, geschlossen, mutig, kampfbereit, in prächtiger Stimmung. Der Ruf ›Nieder mit Ebert-Scheidemann‹ tönt immer grummiger aus den endlosen Zügen, die sich die Straße entlang wälzen. Die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum sehen dem ›Treiben der Spartakusleute‹ mit täglich wachsender Wut zu. ... Alle diese braven Bürger mit ihrer holden Weiblichkeit, die sich sämtliche brutalen Eingriffe des Militarismus vier Jahre lang ohne zu mucken gefallen ließen, die sich aus Wohnungen, Türklinten, Ofentüren und ehrwürdige zinnerne Erbstücke der Großmutter beschlagnahmen ließen, die den ganzen bürokratischen Wahnwitz der Kriegswirtschaftsämter und die tobende blutige Anarchie des Völkermordes als ›große Zeit‹ priesen, sie verfallen heute in Tobsucht beim Anblick der Arbeitermassen, die es wagen, gehobenen Hauptes auf den Straßen zu marschieren und ihre Forderungen auszurufen. ... Gemach, Ihr edlen Herrschaften! Ihr werdet noch viele solche Tage von unerträglicher Qual miterleben müssen. ... Die Revolution

¹¹ Die Rote Fahne, Nr. 7 vom 7.1.1919.

ist aus dem Marsche und das, was wir heute erleben, ist nur ein Fragment, eine Etappe des gewaltigen Marsches.«¹²

Doch entgegen der von der »Roten Fahne« verbreiteten Euphorie blieben die Arbeiter auch am 7. Januar ohne jegliche Parolen und Direktiven. Einige weitere Gebäude wurden durch revolutionäre Arbeiter besetzt, wobei unklar blieb, ob es sich um spontane oder vom »Revolutionsausschuss« angeordnete Aktionen handelte. Am Dienstagmittag fand eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, zu der auch Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck hinzugezogen wurden. Beide waren als Vertreter der KPD im Gremium der »Revolutionären Obleute« und seit Sonntagabend auch in der Aufstandsleitung tätig, hatten aber weder am Sonnabend noch am Sonntag, noch am Montag Kontakt zu der KPD-Zentrale, die somit ohne Informationen über das Wirken ihrer beiden Vertreter war. Deshalb wurde die Spartakusführung am Montagabend initiativ und schickte zwei ihrer Mitglieder, Leo Jogisches und Paul Levi, zur Sitzung der jetzt im Polizeipräsidium tagenden Aufstandsleitung. Diese ließen sich am Rande der Versammlung von Liebknecht und Pieck über die Einzelheiten der seit Sonnabend im Kreise der Berliner Linken geführten Diskussionen informieren und vereinbarten die Teilnahme Liebknechts und Piecks an der Sitzung der KPD-Zentrale für den Dienstag.

Auf dieser Sitzung kam es erstmals seit Beginn der Massenaktionen zu gemeinsamen Beratungen mit Liebknecht und Pieck (vgl. Luban 2001: 10). Im Anschluss an diese Sitzung zog Rosa Luxemburg eine erste kritische Bilanz der drei Tage des Aufstandes. Diese Überlegungen erschienen als Leitartikel in der Mittwochausgabe der »Roten Fahne« unter dem Titel »Versäumte Pflichten«. Darin schrieb sie: »Seit dem 9. November prallt die revolutionäre Welle periodisch gegen dieselbe Mauer: die Regierung Ebert-Scheidemann. ... Die Fortentwicklung der Revolution laboriert an dem Grundfehler des 9. November: dass an die Spitze der revolutionären Regierung Leute gestellt worden sind, die bis zur letzten Minute alles getan hatten, was in ihren Kräften lag, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern und die sich nach dem Ausbruch an ihre Spitze mit der klaren Absicht gestellt haben, sie bei der nächsten passenden Gelegenheit abzuwürgen. ... Soll die Revolution weiter ihren Gang gehen, soll sie Etappe für Etappe ihrer Entwicklung durchmachen ... dann muß die Mauer, die sich ihr entgegenstellte, die Regierung Ebert-Scheidemann hinweggeräumt wer-

¹² Die Rote Fahne, Nr. 9 vom 9.1.1919.

den.« Zugleich betonte die Autorin: »Die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegräumen heißt nicht, ins Reichstagspalais stürmen und die paar Leute verjagen oder festnehmen: es heißt vor allem sämtliche tatsächliche Machtpositionen ergreifen und sie auch festhalten und gebrauchen.« Wenn »die Massen«, so fuhr die Autorin fort, den »Vorwärts« und das Wolfische Telegraphenbureau besetzten, so wäre es Pflicht der revolutionären Organe der Arbeiterschaft gewesen, diese im Sinne der revolutionären Arbeiterschaft zu nutzen.¹³

Die von Rosa Luxemburg so vehement kritisierten, am Montagabend aufgenommenen Verhandlungen wurden am Dienstag fortgesetzt. Um elf Uhr trafen sich die Vertreter beider Seiten. Ebert und andere Zentralratsmitglieder forderten nun die Freilassung der besetzten Gebäude als Vorbedingung für weitere Verhandlungen, die Berliner Unterhändler lehnten dies als Kapitulation ab. Kautsky versuchte einen Vermittlungsvorschlag: Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten erklären, »daß sie die Verhandlungen als gescheitert betrachten, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit führen«. Der Vorschlag wird jedoch von den Ebert-Leuten abgelehnt. Die revolutionären Vertreter machen einen neuen Vorschlag: Herausgabe der besetzten Zeitungen, nach Beendigung der Kämpfe. Auch dieser Vorschlag wird von den Ebert-Leuten abgelehnt. Daraufhin erklären die revolutionären Vertreter: Ihre Vollmachten reichten für die Aufgabe der Zeitungen nicht aus, deshalb sei eine Vertagung der Verhandlungen nötig. Es wurde vereinbart, die Verhandlungen am Mittwoch, zehn Uhr, fortzusetzen.¹⁴

Währenddessen gingen die Schießereien in der Stadt unvermindert weiter, sie nahmen sogar im Vergleich zum Vortag an Heftigkeit noch zu – es gab mehr Verwundete und Tote. Zwischen 20 und 22 Uhr kam es vor dem Potsdamer Platz zu Kämpfen mit Handgranaten und Infanteriegewehren. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten wollten den Potsdamer Bahnhof besetzen, um den Einmarsch von Regierungstruppen zu verhindern. Der Angriff wurde jedoch abgeschlagen. Von 23 Uhr an spielten sich vor dem Anhalter Bahnhof ähnliche Kämpfe ab. Die Revolutionäre gingen mit Handgranaten und Maschinengewehren vor: Es gelang ihnen aber auch hier nicht, den Bahnhof zu besetzen.

¹³ Die Rote Fahne, Nr. 8 vom 8.1.1919.

¹⁴ Vgl. Die Freiheit, Nr. 12 vom 7.1.1919.

Um Mitternacht wollten Regierungstruppen die Druckerei der »Roten Fahne« stürmen. Sie gingen mit Handgranaten vor und verwendeten geballte Ladungen. Der Angriff konnte aber abgewehrt werden. Die Anhänger des Spartakusbundes hatten sich verschanzt und blieben in dem Gebäude. Der Druck der Mittwochausgabe wurde jedoch durch den Angriff verzögert, und es konnte nur ein einseitiges Extrablatt der »Roten Fahne« erscheinen.¹⁵

Mittwoch, 8. Januar 1919

Die Schießereien haben die Nacht über fortgedauert. In den frühen Morgenstunden versuchten Regierungstruppen das Wolffsche Telegraphenbüro zu stürmen. Sie kamen mit einem Panzerauto und eröffneten das Feuer. Der Angriff wurde zurückgewiesen. Es gab Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Die Gebäude von Scherl und Ullstein waren nach wie vor in den Händen der Revolutionäre, ebenso das »Vorwärts«-Gebäude und der Schlesische Bahnhof. Das Reichstagsgebäude war in eine wahre Festung verwandelt worden. Von jedem Balkon herab richteten sich drei oder vier Maschinengewehrläufe drohend auf die Umgebung. Aus den Fenstern und Türen sah man Gewehrläufe ragen. Das Reichstagsgebäude wurde von schwerbewaffneten Soldaten abpatrouilliert, die das Gewehr meist schussfertig trugen. Das Brandenburger Tor war durch eine Postenkette gesperrt, die Soldaten und Arbeiter, die hier Wache hielten, waren mit einem Panzer von Handgranaten umgeben. Auf dem Tore wehte die rote Fahne, die bei den gestrigen Kämpfen von revolutionären Arbeitern und Soldaten aufgepflanzt wurde. Bis in die Mittagsstunde kam es immer wieder zu Schießereien vor dem Reichstagsgebäude und in dessen Umgebung. Es kam noch zu kleineren Demonstrationen revolutionärer Arbeiter im Tiergarten und im Stadtzentrum, von einer zentralen Führung der Aufständischen war allerdings wenig zu merken, wie v. Oertzen feststellte (vgl. v. Oertzen 1936: 266).

Die Verhandlungen, die um zehn Uhr wieder aufgenommen werden sollten, konnten wegen der Verkehrsschwierigkeiten zu dieser Stunde nicht beginnen. Um Mittag traten die einzelnen Parteien zu Vorverhandlungen zusammen und vereinbarten, im Reichskanzlerpalais die gemeinsamen Verhandlungen wieder aufzunehmen. »Die Freiheit« wertete dies als das einzig Gute in der jetzigen Lage, ansonsten zog das Blatt in ihrer Mittwochausgabe unter der Überschrift »Vereinbarung oder Bürgerkrieg« eine über-

¹⁵ Vgl. Die Rote Fahne, Nr. 9 vom 9.1.1919.

wiegend negative Bilanz der gestrigen Verhandlungen. Die Regierung sei am Dienstag bedeutend schroffer aufgetreten als am Vortag und das Blatt hatte den Eindruck, dass die Regierung durchaus nicht alles daransetzen wolle, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sondern bereit sei, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten. Dabei wäre eine Vereinbarung nach Ansicht der Zeitung durchaus möglich gewesen. »Wäre die Regierung in die Verhandlungen eingetreten, statt Vorbedingungen zu stellen, die Vereinbarung wäre unserer Ueberzeugung nach schon fertig, die Zeitungen wären bereits frei.«¹⁶

Der Revolutionsausschuss mit seinen 33 Mitgliedern beschloss im Laufe des Tages seine Auflösung und die Bildung eines militärischen Ausschusses mit lediglich sechs Mitgliedern, darunter Liebknecht und Pieck. Am Mittwoch fand ebenfalls eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, auf der Jogisches kategorisch den Rücktritt seiner Partei aus dem militärischen Ausschuss und eine öffentliche Kritik an der ganzen Aktion forderte. Rosa Luxemburg schloss sich dieser Forderung an, Liebknecht widersprach. Er bezeichnete einen solchen Rücktritt als ein feiges Zurückweichen vor den Schwierigkeiten und erklärte, sich einem solchen Beschluss niemals fügen zu wollen. Die Auffassung von Jogisches und Luxemburg wurde jedoch von der Mehrheit der Führungsmitglieder geteilt (vgl. Luban 2001: 14).

Auch am Nachmittag kam es noch zu Schießereien, doch trat Scheidemann dem Eindruck entgegen, dass Berlin ein einziges großes Schlachtfeld sei. Der holländischen Firma »Holland Nieuws Büro« gegenüber erklärte er: »Für das Ausland müssen die Nachrichten aus Berlin verwirrend und vor allem verheerend wirken. Kampfberichte von zahllosen verschiedenen Stellen müssen den Eindruck machen, als sei Berlin ein einziges großes Schlachtfeld, auf dem sich ein blutiger Krieg abspielt. Sie als Augenzeuge wissen es besser. Sie sehen, wie sich, abgesehen von einigen Punkten und Straßen, das tagtägliche Geschäftsleben ruhig weiter abwickelt. Sie wissen, daß der größte Teil Groß-Berlins von den Vorgängen nahezu unberührt ist.«¹⁷

Noch im Verlauf des Mittwoch hatte sich die Situation grundlegend verändert: Es wurde bekannt, dass die Verhandlungen gescheitert waren. Die USPD kommentierte dies in einem Beitrag, der dann am Donnerstag in »Der Freiheit« unter dem Titel »Nicht Verständigung – Bürgerkrieg!« wie-

¹⁶ Die Freiheit, Nr. 13 vom 8.1.1919.

¹⁷ Zit. nach: Die Rote Fahne, Nr. 10 vom 10.1.1919.

dergegeben wurde: »Der vierte Kampftag bricht an. Das Schießen nimmt zu, das Tuckern der Maschinengewehre, die Explosion der Handgranaten wird zum gewohnten Geräusch. Die Opfer mehren sich in erschreckender Weise. ... Ist das notwendig ... Nein, es ist nicht notwendig, daß diese Opfer fallen, daß das Schießen fortgeht. Es mußte nicht sein, daß die Regierung taub blieb allen Ratschlägen, allen immer neu wiederholten Versuchen der Vermittlung. Der Eindruck, den wir seit Beginn der Verhandlungen hatten, die Regierung wolle keine Verständigung, ist im Laufe des heutigen Tages zur traurigen Gewißheit geworden. Die Regierung will den Weg der Gewalt, sie will die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter. Wenn wir gestern noch fragen konnten: Verständigung oder Bruderkrieg?, heute ist es keine Frage mehr: der Bruderkrieg tobt in den Straßen.

Unsere Genossen ... haben alles versucht, um eine Verständigung zu ermöglichen. Vergebens! Wie gestern, so lehnte heute die Regierung Ebert-Scheidemann auch uns ab, in die sachlichen Verhandlungen einzutreten und fordert von vornherein Unterwerfung. Vergebens schlugen die verhandelnden Genossen vor, alle bürgerlichen Zeitungen vorher zu räumen, vergebens sagten sie auch die Rückgabe des ›Vorwärts‹ als gewisses Resultat der Verhandlungen zu. Die Regierung blieb bei ihrem starren Nein und der Zentralrat entwürdigte sich zu ihrem willenslosen Werkzeug! ... Die Verhandlungen sind abgebrochen. ...¹⁸

Stattdessen erschien am Mittwoch ein Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung Berlins. In ihm hieß es: »Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. ... Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. ... Die Stunde der Abrechnung naht.«¹⁹

Ferner wurde in der Stadt ein Flugblatt verbreitet, das unterzeichnet war mit: »Im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden Noske«, »Die

¹⁸ Die Freiheit, Nr. 15 vom 9.1.1919.

¹⁹ Zit. nach: v. Oertzen 1936: 267.

Arbeitsstelle Berliner Studenten«. In ihm wurde zur Meldung bei den Freiwilligen-Verbänden zum bewaffneten Kampf gegen die Aufständigen aufgefodert. Der Aufruf hatte den Wortlaut: »Aufruf an alle wehrfähigen Männer! Regierungstreue Männer Berlins! Bürger! Arbeiter! Nun habt Ihr zur Genüge mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie Liebknechts Massen dabei sind, um uns unser gedemütigtes Vaterland in vollkommenen Verfall zu bringen. ... Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, daß es nicht möglich ist, die Verblendeten mit Güte zur Ruhe zu bringen. Spartakus ist bewaffnet, und unsere Treuen können bis heute bloß die Fäuste ballen. Jetzt könnt Ihr zu den Waffen greifen, um die heilige Ordnung in Deutschland, namentlich in Berlin, zu schirmen. Vier Verbände nehmen Euch sofort auf« Es wurden vier Wortstellen genannt: Regiment Reinhard, Moabit; Gardekavalleriedivision, Dahlem; Landesjägerkorps, Zossen; Division Hülsen, Werder. Es wurde u.a. mobiles Gehalt, sechs Mark Handgeld pro Kopf und Tag, freie Verpflegung und Unterbringung, Treugeld, Entlassungsgeld, Entschädigungen versprochen. Zum Schluss hieß es: »Zaudert nicht! Stellt Euch sofort, wie Ihr es 1914 getan habt. Die Gefahr ist größer als damals. Kommt, soweit wie möglich.«²⁰

»Die Freiheit« nannte diesen Aufruf ein »Dokument der Schande«²¹ und der USPD-Vorsitzende Hugo Haase geriet über diesen Aufruf – insbesondere über den Hinweis auf 1914 – derartig in Harnisch, dass er in einem Flugblatt die Bildung der Freiwilligen-Verbände anprangerte und zum Widerstand gegen die drohenden Gewalttaten der »Weißen Garde« aufrief. Das Flugblatt hatte den Wortlaut: »... Die Regierung will nicht mit Güte regieren, sie will mit der eisengepanzerten Faust den Massen entgegentreten. ... Dazu soll die Weiße Garde unter dem Patronat Noskes helfen. Und man wagt es, Arbeiter für die konterrevolutionäre Weiße Garde zu werben und gegen einen Judaslohn zu Verrätern ihrer Klasse zu machen. Arbeiter! Ihr werdet diesen Schimpf denen heimzahlen, die so gewissenlos sind, Euch gegen Eure Arbeitsbrüder aufzuhetzen. Die Herren Bourgeois und Rechtssozialisten verlangen von Euch in dem Flugblatt, Ihr sollt so tun, »wie Ihr es 1914 getan habt«. Die Studenten und ihre Hintermänner wollen also den Taumel des August 1914 von neuem entfesseln. Sie haben nicht genug an den Millionen Toter und Verstümmelter. Sie bereiten ein neues Blutbad vor und diesmal nicht gegen den äußeren, sondern gegen den in-

²⁰ Die Freiheit, Nr. 15 vom 9.1.1919.

²¹ Ebd.

neren Feind, den klassenbewußten Arbeiter. Über vier Jahre haben sie ihre verderbliche Kriegspolitik getrieben und damit unser Volk bis zum Weißbluten gebracht, unser Wirtschaftsleben zerstört, Hunger und Not über die Massen verhängt. Jetzt sollen die blutigen Orgien weitergehen. Kein ehrlich denkender Arbeiter wird diesem schändlichen Lockruf folgen. Die Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske haben jede Achtung bei den Massen verloren, auch bei denjenigen, die sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, sich vollständig von ihnen abzuwenden. ...«²²

Am Abend tagten die »Revolutionären Obleute«, um über die veränderte Lage zu beraten. Sie verabschiedeten den Haase-Text als gemeinsamen Aufruf der Berliner Linken und unterzeichneten ihn auch mit der KPD-Zentrale, obwohl Liebknecht und Pieck noch gar nicht anwesend waren. Diese kamen erst am späten Abend von der KPD-Sitzung. In einer mehrstündigen Diskussion war die Stimmung der ursprünglich auf Verhandlungen und friedliche Beilegung des Konflikts orientierten Obleute vollständig umgeschlagen. Eine große Mehrheit entschied sich dafür, erneut zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf aufzurufen. Ein besonders aggressives, von Liebknecht formuliertes Flugblatt wurde zu später Abendstunde verabschiedet. In ihm hieß es: »Es muß gekämpft werden bis aufs Letzte Zeigt den Schurken eure Macht! Bewaffnet euch! Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde, die Ebert Scheidemann! ... Auf zum Kampfe, auf zum vernichtenden Schlag, der zerschmettern muß die blutbesudelten Ebert-Scheidemann!« (zit. nach Wette 1987: 318)

Donnerstag, 9. Januar 1919

Angesichts des Kurswechsels der »Revolutionären Obleute« und der Berliner USPD war auch die KPD-Zentrale auf die Liebknecht-Linie umgeschwenkt. Von einem Rückzug aus den revolutionären Gremien war nun keine Rede mehr, vielmehr hoffte die KPD-Führung, dass die revolutionäre Bewegung wieder in Gang kommen würde. Der Liebknecht-Text wurde am Nachmittag des 9. Januar in einer Extra-Ausgabe der »Roten Fahne« abgedruckt und in der Ausgabe vom 10. Januar, geschrieben am Vortag, erschien ein Leitartikel »Der Todeskampf der Ebert-Scheidemann«, der ähnlich scharf formuliert war wie der Liebknecht-Aufruf und in dem geradezu der Eindruck erweckt wurde, dass man nun in die Endphase der Revolution eintrete und der Sieg nahe bevorstehe. In dem Leitartikel wurde konstatiert,

²² Ebd.

dass es gekommen sei, wie es kommen musste: Die Herren Ebert-Scheidemann-Noske hätten verhandelt, »mit den kommissionsfrommen Genossen im lauwarmen Wasser der Wechselzeit geplätschert« und zugleich die Truppenverbände von Berlin »neu gruppiert«. Sodann hätten sie die Verhandlungen abgebrochen und den Herren Kautsky, Cohn u.a. klargemacht, »daß der weltgeschichtliche Gegensatz, der Kapital und Arbeit trennt, ausgetragen werden muß und nicht ausgehandelt werden kann«. Die Verhandlungen wären von Anfang an aussichtslos gewesen, doch hätten sie auch etwas Gutes gehabt, denn »die brutale Geste, mit der die Ebert-Scheidemann den Verhandlungstisch umwarfen«, hätten auch dem letzten Proletarier gezeigt, dass diese »Emporkömmlinge« das »Blutvergießen um des Blutvergießens willen gewollt haben«. Das Proletariat habe die Lehren daraus zu ziehen. »Das Proletariat, das jetzt mit Ebert-Scheidemann ringt, ringt jetzt um die Zukunft des Proletariats schlechthin.« Es hat den Generalstreik proklamiert. Dabei geht es um »Sein oder Nichtsein des Proletariats«. Weiter hieß es in der »Roten Fahne«: »Die Hunderttausende von Proletariern, die in diesem Kriege das Waffenhandwerk gelernt, sie mögen jetzt ihre Kunst erweisen. Jetzt müssen ihre Bataillone sich formieren, was wir in den langen Wochen seit dem 9. November tagtäglich gefordert haben, das macht dieser erste schwere Kampf, diese erste wirkliche Revolution zur Tat: die rote Garde. Und diese erste wirkliche Revolution hole auch nach, was die vom 9. November nicht bringen konnte. Die Arbeiterräte aus jenen Tagen sind keine Organe der Macht geworden. ... Sie mussten in den Fabriken weichen der Allmacht der Gewerkschaftsbürokratie und mussten im Politischen weichen der Landratsdemokratie: Sie sollten demnächst unter dem Misthaufen der Nationalversammlung ein wenig ehrenvolles Begräbnis finden. Sie müssen nun das erste Feld des Sieges der wahren Proletarierrevolution werden. Der Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann, der heute zum Schlachtruf des kämpfenden Proletariats geworden ist, muß seine erste Verwirklichung finden in den Arbeiterräten. ... Aus allen Teilen des Reiches kommen die Nachrichten, dass das Proletariat den Kampf aufgenommen hat, mit Sympathiekundgebungen, mit Unterdrückung der bürgerlichen und Scheidemannpresse, mit Generalstreik. Die Scheidemann-Ebert werden ihre Wunder erleben. Auf zu den Waffen.«²³

Es zeigte sich aber, dass diese Ausführungen reines Wunschdenken waren. Die Massenbewegung kam nicht wieder in Schwung. Dies lag zum ei-

²³ Die Rote Fahne, Nr. 10 vom 10.1.1919.

nen daran, dass die von den »Revolutionären Obleuten« beabsichtigte massenhafte Verbreitung der beiden Aufrufe mit je einer Million nicht realisiert werden konnte. Diese erschienen lediglich in den Zeitungen »Die Freiheit« und in einer Extra-Ausgabe der »Roten Fahne« – beide in relativ niedriger Auflage. Zum anderen wurde aus den Betrieben von einer Streikmüdigkeit berichtet. Der Hauptgrund dürfte allerdings darin zu sehen sein, dass die Stimmung unter den Arbeitern eine ganz andere war. »Die Freiheit« erschien am Donnerstagabend mit der Schlagzeile »Ein Schrei nach Einigung« und führte dazu aus: »40.000 A.E.G.- und Schwarzkopff-Arbeiter für Verbrüderung. In einer Massenversammlung, die heute Vormittag im Humboldthain von über 40.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der A.E.G.- und der Schwarzkopffwerke abgehalten wurde, ist der Beschluß gefaßt worden, eine Einigung zwischen Arbeitern aller Richtungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Es wurde eine Kommission von 8 Personen gewählt, bestehend aus Anhängern aller Richtungen, und zwar Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige, revolutionären Obleuten und Spartakusbund. Die Kommission begab sich heute vormittag zur Regierung, um ihre Wünsche der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Freitag vormittag 10 Uhr findet wieder im Humboldthain eine Massenversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten Betriebe statt, in der die Kommission Bericht über die Verhandlungen erstatten wird. Die Demonstranten ordneten sich nach Schluß der Versammlung zu einem gewaltigen Zuge, der sich in den äußeren Stadtteilen des Nordens Berlins bewegte. In dem Zuge wurden viele rote Fahnen und Schilder mit dem Ruf nach Einigung aller Arbeiter getragen.«²⁴

Aus den Fabriken heraus war in Berlin eine Massenbewegung von mehr als 200.000 Arbeitern entstanden, die sich auch auf andere Zentren in Deutschland ausbreitete. Zentrale Forderungen waren der Rücktritt der Regierung und aller »belasteten« Führer der sozialistischen Parteien, die einer Einigung im Wege stünden. MSPD und KPD lehnten diese Forderungen ab, die USPD unterstützte sie. Die »Rote Fahne« begründete ihre Ablehnung in einem längeren Grundsatzartikel: »Eine Massenversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der A.E.G. und der Schwarzkopffwerke im Humboldthain hat gestern Vormittag den Beschluß gefasst, eine Einigung zwischen den Arbeitern aller Richtungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Sie hat eine Kommission gewählt, die sich zur Regierung

²⁴ Die Freiheit, Nr. 16 vom 9.1.1919.



9.1.1919: Arbeiter der Maschinenfabrik Schwartzkopff fordern in einer Protestdemonstration die Beendigung der blutigen Kämpfe und die Einigung der Berliner Arbeiterschaft von unten, ohne Rücksicht auf die Weisungen der Parteiführungen. (Foto: Willy Römer)

begab und die heute über die Verhandlungen Bericht erstatten wird. Der Beschluß der Genossen und Genossinnen der A.E.G. und von Schwartzkopff ist sicher sehr gut gemeint. Wir kennen die Genossen, die in allen revolutionären Aktionen Berlin mit an der Spitze marschierten, die zu dem zuverlässigsten Vorstoßtrupp des Berliner Proletariats gehören. Aber der Glaube, die Kämpfe der Revolution durch die Parole der Einigung ersparen zu können, ist eine Illusion. ... Würde unter allen Arbeitern über ihre wahren Interessen und Aufgaben völlige Klarheit herrschen, dann würde die Einigkeit aller Arbeiter eine kinderleichte Sache, eine Selbstverständlichkeit sein. Nicht durch Einigkeit zur Klarheit, sondern durch Klarheit zur Einigkeit führe der Weg. Die Revolution brauche felsenfeste Kämpfer. »Die Revolution kennt nur ein Entweder-oder, sie spricht: Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich! Keine Vertuschungen, keine Harmonieduselei, wo es aufs ganze geht!«²⁵

²⁵ Die Rote Fahne, Nr. 10 vom 10.1.1919.

Auch die SPD begründete ihre Ablehnung der »Einigungsbewegung« in einem längeren Beitrag von Friedrich Stampfer im »Vorwärts«: Darin betonte er, dass der Vorwärts stets für die Einigung der unterschiedlichen Richtungen gewirkt habe, dass die Einigkeit aber durch Spartakus gestorben sei.

»Mit Spartakus und allen, die ihm nahe stehen und die ihn fördern, ist eine Einigung unmöglich. ... Damit ist keineswegs gesagt, dass alles, was zu Spartakus gehört, für uns auf ewig verdammt und vermaledeit sein muß. Wir Sozialdemokraten können die spartakistische Bewegung nicht mit den Augen des Spießbürgers betrachten, können in ihr nicht nur Terror, Raub, Totschlag und Plünderung erblicken, zu denen sie leider ausgeartet ist und ausarten musste. Den reinen Kern, der in dieser schmutzigen Schale steckt, verkennen wir nicht: den leidenschaftlichen Willen zum Sozialismus, den Geist der Revolte, den Rebellentrotz, den Hang zum kühnen Abenteuer. ...

Wir bekämpfen Spartakus, weil er in seinem tollen Eifer die Gesetze der Demokratie, des Volksrechts, die uns in Fleisch und Blut gegangen sind, über den Haufen werfen will, weil er die Republik gefährdet, den ruhigen Aufbau des Sozialismus hindert, den Frieden untergräbt, alle Errungenschaften der Revolution wieder in Frage stellt. Wir vertrauen darauf, daß mancher, der heute im Lager von Spartakus steht, später einmal einsehen wird, daß wir Recht gehabt haben, dass wir handelten, wie wir mussten, wie es uns unsere Pflicht an der Republik, am Sozialismus und an der Arbeiterklasse gebot. Diese Einsicht wird später, viel später einmal den Boden der Einigung bilden. ...

Die »Einigung aller drei sozialistischen Richtungen« ist in diesem Augenblick nichts anderes als eine holde Utopie, soweit die Ausgabe dieses Schlagworts nicht nur ein taktisches Manöver ist. Es ist eine Kinderei, zu glauben, diese Einigung könne herbeigeführt werden durch Entfernung der »kompromittierten Führer« aller Richtungen. Wer ist »Führer« und wer ist »kompromittiert«? ... Und würden sich beispielsweise Loebe und Leviné besser miteinander vertragen, als Ebert und Liebknecht! Der Personenwechsel würde an den grundsätzlichen Gegnerschaften nicht das Allgeringste ändern! ...

Die alte sozialdemokratische Partei ist das große Heerlager für alle, die den Kampf für die neue Gesellschaftsordnung nach wissenschaftlichen Grundsätzen und politischen Erfahrungen methodisch führen wollen. Ihre innere Einheit ist für die Arbeiterklasse angesichts der heillosen Zersplitterung und Zerfahrenheit der kleinen Linksrgruppen Trost, Stütze, einzige

ernste Zukunftshoffnung: diese reale Einheit darf nicht durch die utopische ›Einigung aller sozialistischen Richtungen‹ gefährdet werden.«²⁶

Die USPD unterstützte dagegen die Einigungsbewegung. In der »Freiheit« erschienen immer wieder dementsprechende Artikel. So wurde auch ein Beitrag von dem Mitglied der MSPD Erich Pagel veröffentlicht, in dem dieser die »wilde Agitation der Spartakusleute« wie auch die Politik der Führung der MSPD verurteilte. Weiter führte Pagel aus: »Ich persönlich achte Lieb knecht, Rosa Luxemburg nur ihrer Ueberzeugungstreue wegen hoch, ich muß aber mit aller Deutlichkeit erklären, daß einige Jahre Zucht-haus oder Gefängnis noch nicht ein Beweis für die Richtigkeit einer Ansicht sind. Die unsinnigen Reden und das Geschreibe der ›Roten Fahne‹ hat die Verwirrung bei einem Teil des Proletariats ins ungemessene gesteigert ... Die Spartakuspolitik hat meiner Meinung nach die Führung der Mehrheitssozialdemokratie noch mehr nach rechts gedrückt und die Kluft im Proletariat verbreitert. ...

Ich will nur noch bemerken, daß sich auch eine Regierung Eich-horn-Lieb knecht-Ledebour usw. (abgesehen von ihrer zu schmalen Basis) nicht lange würde halten können, da sie bei einem größeren Einblick in die schwierigen gegenwärtigen Verhältnisse auch bald zu Maßregeln greifen müßte, die auch ihre Anhänger verstimmen würde.

Wenn ich so mit aller Schärfe meine sachliche Gegnerschaft zum Spartakusbund betont habe, so muß ich als Mehrheitssozialist mit der gleichen Schärfe auch die Politik der Mehrheitssozialdemokraten verurteilen. ...

Was ich tun kann, soll geschehen, um die Opposition innerhalb der Mehrheitssozialisten, die bekanntlich schon während des Krieges wuchs, anzu-spornen, sich ihrer Pflicht bewußt zu werden; ich werde mit die Politik der Mehrheitspartei nach links treiben, damit das heiße Sehnen des Proletariats erfüllt wird: Einigung aller Arbeiter auf dem Boden des Erfurter Pro-gramms zum Ausbau der Sozialistischen Republik.«²⁷

Freitag, 10. Januar 1919

Im Anschluss an die Kundgebung der Schwarzkopff- und A.E.G.-Arbei-ter am Donnerstag fand am Freitag eine gewaltige Massenkundgebung der Arbeiterinnen und Arbeiter der im Norden Berlins gelegenen Betriebe im Humboldthain statt. »Die Freiheit« sprach von hunderttausend Teilneh-

²⁶ Der Vorwärts, Nr. 22 vom 13.1.1919.

²⁷ Die Freiheit, Nr. 20 vom 11.1.1919.

mern, die ein Gedanke einte, durch »Zusammenschluß der proletarischen Front dem Brudermord ein Ende zu setzen«.

Zu Beginn der Versammlung erstattete die am Donnerstag gewählte Kommission Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung. Von sechs Tribünen sprachen ihre Mitglieder zu den Massen. »Wir stehen gegenwärtig im Bruderkrieg. Wir sind Gegner geworden aus politischen Differenzen.« Dieser Zustand sei unhaltbar. Man wolle eine Einigung, dazu seien heute nicht allein die Betriebe der A.E.G. und der Firma Schwarzkopff, sondern sämtliche Betriebe des Nordens und der angrenzenden Vororte zusammengetreten. »Wenn die Führer nun nicht für eine Einigung zu haben sind, so wird die Einigung gegen ihren Willen zustande kommen. Wir haben das Bestreben, gegen die Reaktion zu kämpfen, nicht aber gegen die eigenen Arbeitsbrüder. Kein Tropfen Arbeiterblut darf mehr vergossen werden. Es ist nicht unsere Aufgabe, den politischen Parteien hier Vorschriften zu machen, das ist Sache der Organisationen, das mögen sie unter sich ausmachen. ... Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Differenzpunkte zum großen Teil durch die Führer geschaffen sind, gleichwohl welcher Richtung.«

Weiter wurde berichtet, dass die Verhandlungskommission der USPD und der »Revolutionären Obleute« sich bereit erklärt haben, »zu veranlassen, daß die bürgerliche Presse sofort freigegeben würde, alle anderen Fragen sollten Gegenstand der Verhandlungen sein. Dabei wurde bemerkt, daß ein beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des ›Vorwärts‹ in sich schließen würde.« Ferner sprach die Kommission die Erwartung aus, dass die Besatzungen der besetzten Druckereien ihre gewaltsam eingenommenen Plätze räumen würden, wenn die beiden Kommissionen sie durch Beschluss darum ersuchen würden. Für Spartakus könne eine solche Erklärung nicht abgegeben werden, doch sei Spartakus allein zu schwach und deshalb nicht imstande, einem Abkommen auf Herausgabe der Druckereien Widerstand zu leisten.

Die Redner betonten, dass dies eine friedliche Demonstration sei. »Wir gehen ohne Waffen, bewusst, daß auch die Soldaten uns als ihre Arbeitsbrüder erkennen und unser Bestreben billigen. Der morgige Tag soll uns wieder auf diesem Platze versammelt sehen, in der Hoffnung, daß dem Blutvergießen ein Ende gemacht ist.«²⁸

²⁸ Die Freiheit, Nr. 18 vom 10.1.1919.

Die KPD hat sich an diesem Freitag ganz aus der Aufstandsleitung zurückgezogen. Am Abend des 10. Januar fand eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, auf der beschlossen wurde, die gemeinsamen Aktionen mit den »Revolutionären Obleuten« abzubrechen, da diese sich immer mehr in das Fahrwasser der USP-Führer drängen ließen. In einer Erklärung hieß es: »Die Kommunistische Partei macht diese beschämende Politik selbstverständlich nicht mit und lehnt jede Verantwortung für sie ab. Wir betrachten nach wie vor als unsere Pflicht, die Sache der Revolution vorwärts zu treiben, uns allen Verwirrungsversuchen mit eiserner Energie entgegenzustellen und durch rücksichtslose Kritik die Massen vor den Gefahren der Zauderpolitik der revolutionären Obleute wie der Sumpfpolitik der U.S.P. zu warnen.«²⁹ Sie wollten sich nur noch zu informatorischen Zwecken an deren Sitzungen beteiligen. Ein entsprechendes Schreiben sollte den Obleuten zugestellt werden; wegen der revolutionären Wirren war dies aber nicht möglich, es erschien dann erst am 13. Januar in der »Roten Fahne«.

Für das Scheitern des Aufstandes machte der Spartakusbund das »Versagen der Führer« verantwortlich – so der Titel des Leitartikels in der »Roten Fahne«. Kritisiert wurde, dass die Führung der Berliner Massenbewegung sehr viel an Entschlossenheit, Tatkraft und revolutionärem Elan haben vermissen lassen. Die Führung sei hinter der Reife und der Kampfbereitschaft der Massen weit zurückgefallen. Der Spartakusbund habe aber alles getan, um die Bewegung vorwärts zu treiben, um die revolutionären Obleute der Großbetriebe zu tatkräftigem Auftreten anzuspornen. Doch alle Anstrengungen seien an dem zaghaften und schwankenden Verhalten jener Körperschaften gescheitert. Vier Tage habe man die prächtige Stimmung und Kampfergie der Massen durch »völlige Direktionslosigkeit« verzettelt und dann durch zweimalige Anknüpfung der Unterhandlungen mit der Regierung Ebert-Scheidemann die Aussichten des revolutionären Kampfes aufs Schwerste erschüttert und die Position der Regierung aufs Wirksamste gestärkt. Nach vier Tagen »entschließen sich die revolutionären Obleute endlich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zum Abbruch der Unterhandlungen und zur Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie. Die Parole Generalstreik wurde herausgegeben und der Ruf: Zu den Waffen! Das war aber auch die einzige Leistung, zu der sich die revolutionären Obleute aufgerafft haben. Es versteht sich von selbst, daß, wenn man die Parole zum Generalstreik und zur Bewaffnung in die Massen wirft, man alles

²⁹ Die Rote Fahne, Nr. 11 vom 11.1.1919.

tun muß, um die energische Durchführung der Parole zu sichern. Nichts dergleichen ist von den Obleuten unternommen worden! Sie beruhigten sich bei der nächsten Parole und – beschlossen gleich am Donnerstagabend, zum dritten Male in Unterhandlungen mit Ebert-Scheidemann einzutreten!

Diesmal gab die Einigungsbewegung, die unter den Arbeitern der Schwarzkopffleute und einiger anderer Großbetriebe in Fluß gekommen ist, den erwünschten Vorwand, um den eben in aller Form eingeleiteten Kampf wieder abzubrechen. Die Arbeiterschaft der Schwarzkopff-Werke, der A.E.G., der Knorr-Bremse gehört zu den Kerntruppen des Berliner revolutionären Proletariats und ihre besten Absichten unterliegen gar keinem Zweifel. Die Arbeiterschaft ist aber in diesem Falle selbst das Objekt einer Mache, deren Drahtzieher die Haase Leute: Oskar Cohn, Dittmann und andere sind. Indem diese Leute in demagogischer Weise mit den beliebten Schlagworten ›Einigkeit‹, ›kein Blutvergießen‹ arbeiten, suchen sie die Kampfergie der Massen zu lähmen, Verwirrung zu säen und die entscheidende Revolutionskrise in einem faulen Kompromiß mit der Gegenrevolution aufzulösen. Es ist für jeden, der nicht getäuscht werden will, klar, daß dieser Einigungsrummel, den die U.S.P. inszeniert hat, der denkbar größte Dienst ist, den man in der gegenwärtigen Situation dem Ebert-Scheidemann erweisen kann.« Schon hätten Ebert-Scheidemann die schwersten Stunden in ihrer kurzen Regierungsherrlichkeit erlebt. Sie hätten sich schon verloren gegeben, da seien ihnen die Unterhandlungen und schließlich die Einigungsbewegung zur Hilfe gekommen. »Die U.S.P erwies sich hier wieder als rettender Engel der Gegenrevolution«, so das Blatt. Aufgabe sei es nun, dass die revolutionäre Arbeiterschaft sich führende Organe schafft, die auf der Höhe seien, die die Kampfergie der Massen zu leiten und zu nutzen verstünden. »Vor allem aber muß die nächste Zeit die Liquidierung der U.S.P., dieses verwesenden Leichnams gewidmet werden, dessen Zeretzungsprodukte die Revolution vergiften. ... Die Abrechnung mit den Scheidemannern setzt voraus die Liquidierung der U.S.P., die als Schutzwand der Ebert-Scheidemann fungiert.«³⁰

In einem weiteren Kommentar mit der Überschrift »Sumpfgase« wird abermals die U.S.P. scharf angegriffen und ihre Beseitigung in den schrillsten Tönen gefordert. »Der Geist der U.S.P., der Geist der Lähmung, der Zeretzung, der Entnervung der revolutionären Energie geht um. Breite Arbeitermassen, noch strotzend von Kampfergie am Montag, am Dienstag,

³⁰ Die Rote Fahne, Nr. 11 vom 11.1.1919.

gehemmt, verwirrt, betäubt durch die dicken Schwaden der Leichengase, den der faulende Morast der U.S.P. in immer neuen Angriffswellen in ihre Reihen gesandt, sind jetzt sturmreif geworden für die U.S.P. ... Am Montag Vormittag stehen die Massen tatbereit in der Siegesallee. Sie werden ohne Führung, ohne Parole, ohne Ziel, ohne Organisation gelassen: Die Haasen haben keine Zeit zu handeln, sie müssen verhandeln. ... Der »Wille der Arbeiter«, der Drang der Massen nach Verständigung, triumphiert die U.S.P. Jawohl, nachdem ihr ihre Kampfkraft verzettelt, ihren Kampfwillen gelähmt, danach brechen die Arbeitermassen den Kampf ab, müssen sie ihn abbrechen. Und danach lassen sich Teile von ihnen, die zuvor fest wie die Mauern standen und wußten, was sie wollten, auf die idiotischen Losungen der U.S.P. ein, die zusammengefaßt sind in jenem Beschluß des Zentralvorstandes der U.S.P., der den Ebert und Genossen als Friedensinstrument überreicht wurde und der lautet: »Um die Fortsetzung des Brudermordes zu verhindern, ist der Zentralvorstand zu dem Versuch bereit, eine neue Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Er schlägt deshalb vor, einen Waffenstillstand eintreten zu lassen«.

Das Blatt nennt eine Vielzahl von Beschlüssen und Resolutionen, die ihrer Meinung nach das Resultat des »Wirkens des U.S.P.-Sumpfes in Arbeiterköpfen« sind, so u.a. die des Zentralrats der Marine, der Volksmarinedivision, der Kugellagerwerke der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, des obersten Marinerats der Niederelbe, des Glühlampenwerks der A.E.G. sowie der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins, die allesamt den Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann, aller »kompromittierten« Führer sowie die Fortsetzung der Verhandlungen forderten. Die »Rote Fahne« dazu: »So endet die Aktion, die geführt war von der U.S.P., so mußte sie enden. Aus dem Sumpf, durch den Sumpf, in den Sumpf«, und zog daraus den Schluss: »Die Befreiung der Massen von der Führung der U.S.P., die Verscharrung dieses Kadavers, das ist von nun ab die unumgängliche Vorbedingung für die revolutionäre Aktionsfähigkeit des Proletariats, das ist die nächste Etappe des Kampfes.«³¹

Der Abbruch des Generalstreiks in Berlin wurde erst am 12. Januar offiziell in einem von den »Revolutionären Obleuten« und dem Zentralvorstand der U.S.P.D. unterzeichneten Flugblatt bekanntgegeben, doch war dieser faktisch mit dem Aufkommen der Einigungsbewegung und dem Rücktritt der KPD aus der Aufstandsleitung bereits am Freitag been-

³¹ Ebd.

det. Umso überraschender kam am Abend die Kehrtwende: In der Nacht vom 10. zum 11. Januar begann der Angriff auf das »Vorwärts«-Gebäude. Das »Regiment Potsdam« unter dem Kommando von Major Franz v. Stephani war nach Berlin beordert worden. Es unterstellte sich dem Befehl von Oberst Reinhard, der von Noske die Verantwortung übertragen bekam. »Ich beauftragte«, so Reinhard, »Stephani unter Beigabe von Minenwerfern mit der Wegnahme des ›Vorwärts‹. Ich hatte angeordnet, daß mit der Besatzung nicht zu verhandeln und die Übergabe auf Gnade und Ungnade zu fordern sei.« (Reinhard 1933: 75)

Sonnabend, 11. Januar 1919

Durch herbeigeeilte Sympathisanten war die Zahl der »Vorwärts«-Besetzer auf einige Hundert angewachsen, die teilweise mit Maschinengewehren bewaffnet waren. Viele waren aber unbewaffnet, darunter einige als Rotkreuzschwester gekennzeichnete Frauen. Am Morgen begann der Kampf. Die »Potsdamer« waren in der Dunkelheit von allen Seiten aufmarschiert und hatten schwere Maschinengewehre, Geschütze und Minenwerfer in Stellung gebracht. In den Nachbarhäusern lagen auf den Dächern die Schützen, die von allen Seiten in die großen Fenster und in die Höfe des Bürohausehens hineinsehen und gezieltes Feuer auf die Besetzer abgeben konnten. Diese hatten bald mehrere Tote und Schwerverletzte. Einer der Besetzer schilderte die Situation: »Jetzt stellte sich zu unserer Bitterkeit heraus, daß der ›Vorwärts‹ nicht von einer disziplinierten Kampfgruppe, sondern von protestierenden Demonstranten besetzt war, von denen die meisten jetzt erst begriffen, daß ein tödlicher Kampf im Gange war. Für die Nichtkämpfer war es jetzt zu spät, das Gebäude zu verlassen. Sie suchten Schutz in den Kellern und hinter den Papierrollen in der Druckerei. Wir hatten immer noch die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft von Berlin uns beistehen würde. Seit Tagen gingen gern geglaubte Gerüchte unter der ›Vorwärts‹-Besatzung um, daß hunderttausend Arbeiter im Rücken der Noske-Truppen aufmarschieren würden. ... Es waren Illusionen.« (Retzlaw 1976: 118)

Der ungleiche Kampf währte nicht lange. Die »Potsdamer« zerschossen mit schweren Maschinengewehren die Fensterscheiben und Fassaden des Vorwärtsgebäudes und der benachbarten Häuser. Als die Besetzer sich nach zwei Stunden noch nicht ergeben hatten, begann das Artilleriefeuer der Regierungstruppen. »Die Granaten durchschlugen die Wände, rissen die Erker hinunter und hüllten das Gebäude in eine Staubwolke ein. In den Räumen war der Staub so dicht, dass wir vielfach nichts mehr sehen konn-

ten, in einigen Räumen brach durch Treffer in die Gasleitungen Feuer aus.« (ebd.: 120) Panik breitete sich aus. In dem Zimmer, in dem sich die Leitung der Besatzung befand, wurde heftig diskutiert. Karl Grubusch, der Leiter der Besatzung, wurde bestürmt, den Widerstand aufzugeben und das Gebäude zu übergeben. Grubusch und der Dichter Werner Möller erboten sich, eine Delegation als Parlamentäre anzuführen, um über die Übergabe zu verhandeln. Weiße Tücher schwenkend und durch entsprechende Abzeichen kenntlich gemacht, verließen sieben Parlamentäre das Haus. Zu ihnen gehörte auch der Redakteur Wolfgang Fernbach. Dieser gehörte nicht zur Besatzung. Er war erst am Nachmittag des 10. Januar in das Gebäude gegangen, um jemanden zu besuchen, und konnte wegen der Absperrung nicht mehr heraus. Die sieben Parlamentäre wurden in die Dragonerkaserne in der Belle-Alliance-Straße 6 abgeführt und dort an die Wand gestellt und erschossen. Möller wurde erst mit dem Bajonett erstochen, dann zerfetzte ihm ein Schuss den Unterkiefer, seine linke Gesichtshälfte war eingeschlagen. Ein anderer Mann war völlig unkenntlich, der Schädel war zertrümmert. Die Toten wurden ausgeraubt.

Auch die übrige Vorwärts-Besatzung gab alsbald auf. Einzelnen und mit erhobenen Armen verließen sie das Gebäude.³² Sie mussten sich in Viererreihen aufstellen und wurden mit erhobenen Armen gehend, unter Schlägen mit Gewehrkolben und Peitschen der Soldaten zur Dragonerkaserne eskortiert. »Die Straßen waren umsäumt von Männern und Frauen, von denen einige mit Stöcken und Schirmen nach uns schlugen«, erinnerte sich ein Beteiligter (Retzlaw 1976: 120). In der Dragonerkaserne mussten sie sich an die Mauer stellen, wo die zerschossenen und zerstochnen Leichen der Parlamentäre lagen.

Später wurden sie in das Zellengefängnis Moabit gebracht. Die Kommission des Vollzugsrats, die mit der Kontrolle der Gefangenen beauftragt war, schilderte, dass die Gefangenen dort schwer misshandelt wurden.³³ Die Kommission hatte Gelegenheit mit dem Oberst Reinhard zu verhandeln: »Oberst Reinhard erklärte kategorisch, er werde morgen das Standrecht

³² Nach Oberst Wilhelm Reinhard waren es 300 Aufständische, die gefangen genommen wurden, darunter »250 russisch-polnische Juden mit fanatischen Gesichtern und etwa 50 bis 60 Russen in Uniform oder Teilen von ihr« (Reinhard 1933: 76). Reinhard trat 1927 der NSDAP und 1935 der SS bei. 1941 erreichte er den Rang eines SS-Obergruppenführers.

³³ Eine ausführliche Darstellung der Misshandlungen findet sich in: Die Freiheit, Nr. 21 vom 12.1.1919.

verhängen. Die eingelieferten Gefangenen würden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auf den Einwand der Kommission, dass das der Zusage des Volksbeauftragten und des Zentralrats widerspreche, erklärte Obert Reinhardt, er habe von niemand Befehle entgegenzunehmen, er sei Soldat, stehe auf vorgeschobenem Posten und habe selbständig zu bestimmen; er werde nur den Befehlen seiner militärischen Vorgesetzten Folge leisten.« (ebd.) Nach einigen Tagen der Verhöre wurden die Gefangenen jedoch wieder freigelassen, und es wurden Verfahren gegen sie eröffnet.

»Fünf Tage Verhandlungen – dann erst Sturm auf den ›Vorwärts‹« – so kommentierte der ›Vorwärts‹ den Angriff auf das Vorwärtsgebäude. Die Volksbeauftragten – so das Blatt – wollten bei der Zurückeroberung der Zeitungsgebäude Blutvergießen möglichst vermeiden. »Aber Spartakus und auch die Berliner Leitung der U.S.P.D. wollten den Bürgerkrieg.« Die Vorwärtsbesetzer »bauten den Vorwärts zu einer Festung aus, und waren bis zum Ende der Woche nicht bereit, ihn freiwillig zu räumen. Nur deshalb scheiterten alle Verhandlungen.« In den Verhandlungen habe die Großberliner Organisation der U.S.P.D. und das Aktionskomitee der revolutionären Arbeiter erklärt, »daß ein beide Teile befriedigender Ausgleich die Herausgabe der besetzten Zeitungen einschließen würde!« Der Zentralrat aber konnte unmöglich die Preßfreiheit zu einem Handelsobjekt entwürdigen. Die Wiederherstellung der uneingeschränkten Preßfreiheit mußte die Voraussetzung für die Verhandlungen sein.« Im Laufe des Mittwochs – so der ›Vorwärts‹ weiter – erklärten die Verhandlungskommission der U.S.P.D. und der revolutionären Obleute sich bereit, »zu veranlassen, daß die bürgerliche Presse sofort freigegeben würde, alle anderen Fragen sollten Gegenstand der Verhandlungen sein. Dabei wurde bemerkt, daß ein beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des ›Vorwärts‹ in sich schließen würde. Der Zentralrat konnte sich grundsätzlich auf diesen Standpunkt *nicht* stellen.«

So kam der Donnerstag, der 9. Januar. »Die Regierung hatte die Machtmittel, die Druckereien zu entsetzen. Sie waren nicht angewandt worden, weil die Volksbeauftragten, wenn es irgend ging, Blutvergießen vermeiden wollten.« Am Donnerstag erschien nun die Achterkommission der Arbeiterschaft der Schwarzkopffwerke und der A.E.G., deren Mitglieder der SPD., der USPD. und der KPD angehörten. Die Achterkommission wollte nach der Unterredung »mit der U.S.P.D. und der Vorwärtsbesetzung verhandeln, damit der Vorwärts freigegeben würde. Sie wünschte deshalb, dass in der Nacht zum 9. Januar kein militärischer Angriff zur Rückero-

berung des Vorwärts erfolgen solle. Der Zentralrat und die Volksbeauftragten sagten zu, obwohl militärisch alle Vorbereitungen zur Rückeroberung des Vorwärts für diese Nacht bereits getroffen waren. Wenn es irgend möglich war, sollte Blutvergießen vermieden werden. Aber Spartakus und die revolutionären Obleute haben es anders gewollt. Die Bemühungen der Achterdeputation um die Freigabe des Vorwärts blieben ohne Erfolg. Bis zuletzt hat die Besetzung des Vorwärts eine friedliche Räumung rundweg zurückgewiesen.« Erst als klar wurde, »daß weitere Verhandlungen keinen Zweck haben konnten, weil die freiwillige Räumung des ›Vorwärts‹ und die Wiederherstellung der uneingeschränkten Pressefreiheit nicht zu erreichen war, musste der Gewalt Gewalt entgegengesetzt werden. Längeres Zuwarten war aber auch deshalb nicht mehr möglich, weil uns nur noch acht Tage von den Wahlen zur Nationalversammlung trennten, und für die Wahlagitation die Preßfreiheit unbedingt hergestellt werden mußte. In kurzer Zeit war der ›Vorwärts‹ gestürmt Leider floß dabei Blut; dieses Blutvergießen haben Eichhorn und seine Leute, der Spartakusbund und die Berliner Leitung der U.S.P.D. vor der Geschichte zu verantworten. Und niemand anders!«³⁴

»Die Freiheit« gab dagegen der MSPD die Schuld für das Blutvergießen. Die Vertreter der Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben hätten ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung gestern tagsüber alles versucht, Verhandlungen mit dem Zentralrat zu führen und Frieden zu schaffen. Dabei seien sie bereit gewesen, »die weitgehendsten Konzessionen zu machen, und namentlich auch dafür einzutreten, daß der ›Vorwärts‹ sofort geräumt wurde.« Aber offensichtlich habe die Regierung einen Ausgleich nicht gewollt, sondern war entschlossen, ein Exempel zu statuieren.³⁵

Andere Formationen hatten ebenfalls in der Nacht vom 10. zum 11. Januar Angriffe auf das Druckereihaus Büxenstein und das Wolffsche Telegraphenbüro durchgeführt, die mit der Gefangennahme oder Flucht der Besetzungen endeten. Im Laufe des Nachmittags eroberte das »Regiment Reichstag« die Zeitungshäuser von Ullstein und Mosse zurück.³⁶

³⁴ Vorwärts, Nr. 23 vom 14.1.1919.

³⁵ Freiheit, Nr. 21 vom 12.1.1919. Auch Kautsky sprach in einem Beitrag für »Die Freiheit« davon, dass die Berliner Organisation sich erbot, die Freigabe des »Vorwärts« zu erreichen. Aber selbst dieses Zugeständnis habe nicht dazu geführt, dass die Verhandlungen zustande kamen. (Freiheit, Nr. 23 vom 13.1.1919)

³⁶ Vgl. v. Oertzen 1936: 270, ferner: W. Wette 1987: 326.

Das Ende des »Spartakusaufstandes«

Am 11. Januar waren die Kämpfe in Berlin im Wesentlichen beendet. Nur rund um das Polizeipräsidium wurde noch am 12. Januar gekämpft. Dennoch hielt die Regierung Ebert an dem einmal gefassten Entschluss fest, Berlin durch starke militärische Kräfte besetzen zu lassen. »Da der Aufstand«, so Winkler, »bereits am 12. Januar endgültig niedergeschlagen war, gab es für den Einzug der Freikorps in Berlin keinen zwingenden militärischen Grund. Er erfolgte, weil Noske und die OHL weiteren Umsturzversuchen vorbeugen wollten, indem sie ein Exempel statuieren.« (Winkler 2002: 389f.) Dem eigentlichen Einmarsch der Freikorps nach einem genau festgelegten Plan des dem Oberbefehlshaber Noske unterstellten Generalkommandos Lüttwitz ging am 11. Januar eine militärische Demonstration durch das westliche Berlin voraus, die von Noske persönlich angeführt wurde. Nach dem Einmarsch der Freikorps patrouillierten diese zusammen mit den republikanischen Wehren durch die Innenstadt.

Die MSPD sprach davon, dass nun die Spartakusherrschaft zusammengebrochen sei. »Das Ende der Spartakus-Herrschaft« – so der »Vorwärts« in seiner ersten Ausgabe nach seiner Wiederzulassung. In der darauffolgenden Ausgabe wandte sich das Blatt an die deutsche Bevölkerung: »An das deutsche Volk! Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Irgeleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Großstadt, um mit ihrer Hilfe und mit der Hilfe einer fremden Macht die Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber jeder Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen wird. An den Widerstand des Volkes, ganz besonders auch der Arbeiterklasse, die in ihrer erdrückenden Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, ist das frevelhafte Unternehmen gescheitert.«³⁷

Die USPD sprach dagegen von Terror und Willkür. »Der Terror herrscht in Berlin«, schrieb »Die Freiheit«. In Berlin sei ein Willkürregiment errichtet worden, wie es bislang noch nicht erlebt worden sei. Die Methoden des alten zaristischen Regimes sind »durch eine verbrecherische und wahnsinnige Regierung in Berlin zum Leben erweckt worden«. Offiziere würden

³⁷ Vorwärts, Nr. 23 vom 14.1.1919.

bewaffnet in die Wohnungen friedlicher Bürger eindringen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vornehmen, ohne sich um die bestehenden Gesetze irgendwie zu kümmern. »Gestern Nacht ist um 1 Uhr von Offizieren und einigen Mannschaften, die sich unter falschen Vorwänden Eintritt in seine Wohnung verschafften, Georg Ledebour weggeschleppt worden. Seine Frau ist die Auskunft darüber verweigert, wohin man ihren Mann verschleppt hat, das Telephon ist ihr abgeschnitten worden, so daß ihr die Möglichkeit geraubt war, sich Rechtshilfe zu verschaffen. Stundenlange Bemühungen mit Hilfe der Kommandantur in Berlin, der Polizeiverwaltung in Steglitz und Dahlem, des Generalkommandos am Königin-Luisen-Stift in Dahlem, seinen Aufenthalt festzustellen, sind vergeblich gewesen. So haben selbst die Schergen des alten zaristischen Regimes selten gehaust«³⁸

Am Sonntag fand eine Versammlung der USPD im Lustgarten statt, auf der Haase eine Rede hielt. Darin führte er aus: »Zwei Monate nach der siegreichen Revolution stehen wir heute mitten in der Gegenrevolution. Wieder erheben alle die keck ihr Haupt, die Deutschland ins Elend gestürzt haben: Alldeutschtum, Militarismus sind wieder Trumpf. Und das alles haben die Ebert-Scheidemann und Landsberg großgezüchtet. ... Die Parteileitung der U.S.P.D. versuchte eine Einigung herbeizuführen, ein Zugeständnis nach dem anderen wurde gemacht. Selbst Herausgabe der Zeitungen vor Eintritt in die Verhandlungen wurden zugestanden Aber es war nicht möglich, die Regierung auf diese Grundlage zu stellen. So kam jenes fürchterliche Blutvergießen. Ich kenne kaum einen Fall in der Geschichte, in welchem man so leichtfertig, so frivol ein Blutbad angerichtet hat. Es war möglich, es zu verhindern. Aber es geschah nicht, weil die augenblicklichen Machthaber in Regierung und Zentralrat einmal zeigen wollten, was sie durchsetzen konnten. Der alte Machtdünkel, der alte Autoritätseigensinn beherrscht sie, das alte Pochen auf das Militär war ihre Regierungskunst. Auch in dieser sogenannten sozialistischen Regierung herrscht Geist vom Geiste Hindenburgs und Ludendorffs, kein Funke sozialistischen noch demokratischen Geistes. ... Es ist geradezu unbegreiflich, wie die Männer in der Regierung sehenden Auges der Konterrevolution die Waffen in die Hand gegeben haben. Aber sie graben sich selbst ihr Grab. Die Waffen, die jetzt Studenten und Offiziere gegen die Arbeiter führen, sie werden bald willkommene Werkzeuge in der Hand der künftigen Machthaber sein.«³⁹

³⁸ Die Freiheit, Nr. 21 vom 12.1.1919.

³⁹ Die Freiheit, Nr. 22 vom 13.1.1919.

»Die Freiheit« sprach von einer gewaltigen Einigungskundgebung, auf der als letzte Ursache für die verhängnisvolle Politik der rechtssozialdemokratischen Führer die Spaltung der Sozialisten genannt wurde und fuhr dann fort: »Das ist das Unerträgliche: Eine sozialistische Regierung weiß keine andere Politik zu treiben als die, die in einem Blutbad endet. Sie lehnt alle Verhandlungen ab, bewaffnet Offiziere und Studenten, wendet sich an die Unterstützung der Bourgeoisie und ruft die alte Militärmacht zu Hilfe.

In jedem Stadium der sich vorbereitenden Katastrophe werden ihr Verhandlungen angeboten, in jedem Stadium lehnt sie sie ab. Zuletzt, als sie sich stark genug fühlt, schreitet sie zum Sturm, wo auch die Einschließung zur Übergabe geführt hätte, und feiert dann den Sieg. Den Sieg feiern noch andere Leute: die reaktionären Parteien glauben ihre Stunde gekommen; sie haben zu den Waffen gerufen, sie haben ihre Offiziere und Studenten mobilisiert. Sie haben Recht und Grund, den Sieg zu feiern. ... Die Militärmacht, die heute Berlin besetzt hält, ist nicht mehr das Instrument der Regierung, sondern ihre Gebieterin. ...«⁴⁰

Die KPD sprach von einer Pogromstimmung. Doch hätten die revolutionären Arbeiter entscheidende Erfahrungen gemacht. Die Sache der Revolution gehe dennoch als Sieger hervor. »Und dennoch siegt die Revolution« – schrieb die »Rote Fahne« am Sonntag und zitierte den »Vorwärts«: »Mehr als 200 Tote sind in den Straßen Berlins gefallen Unter den Toten und Verwundeten sind verhältnismäßig wenig Verluste der Regierungstruppen. Von den Spartakisten hat eine außerordentlich große Anzahl ihr verbrecherisches Wirken mit dem Leben bezahlen müssen«, und fuhr dann fort: »So lautet das Triumphgeheul des Ebert-Scheidemann-Reptils, des »Vorwärts«.« Nur scheinbar habe die Regierung Ebert-Scheidemann Zurückhaltung geübt. Sie »schleppten durch scheinbare Unterhandlungen die Entscheidung der Krise hin, heuchelten Bereitschaft zur Verständigung, heuchelten Abneigung gegen Blutvergießen. Und gleichzeitig bereiteten sie im Stillen den »entscheidenden Schlag«, d.h. die Niederwerfung der Arbeiterschaft vor. Keine bürgerliche Regierung, kein Säbeldiktator eines Gröner würde tückischer und niederträchtiger handeln Der Geist des 4. August, die Pogrom-Stimmung schreitet heute wieder durch die Gassen Berlins. Nur richtet sie sich heute nicht gegen Franzosen, Russen und Engländer, sondern gegen revolutionäre Berliner Proletarier. ... Das wissen die Proletarier und sie kämpfen darum mit Heldenmut, mit Todesverachtung, sie kämpfen

⁴⁰ Ebd.

wie die Löwen und opfern freudig ihr Leben für die heilige Sache.« Mögen Ebert und Scheidemann – so das Blatt – durch Meuchelmord und bestialische Rache an den revolutionären Arbeitern sich im Interesse der Bourgeoisie eine Weile an der Regierung halten, »die Sache der Revolution und des Sozialismus geht dennoch als Sieger aus dieser Krise hervor!«⁴¹

In ihrem letzten Leitartikel für die »Rote Fahne« mit dem Titel »Die Ordnung herrscht in Berlin« hatte Rosa Luxemburg, kurz vor ihrer Ermordung und schon auf der Flucht vor den Regierungstruppen, neben bitteren Anklagen auch einige grundsätzliche Überlegungen angestellt. Darin schrieb sie: »Ordnung herrscht in Berlin!« verkündet triumphierend die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der »siegreichen Truppen«, denen der Berliner kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurra zujubelt. ... Niedergemetzelte Parlamentäre, die über die Übergabe des »Vorwärts« verhandeln wollten und von der Regierungs-Soldateska mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zuge richtet wurden, so daß die Rekognostizierung ihrer Leichen unmöglich ist, Gefangene, die an die Wand gestellt und in einer Weise hingemordet wurden, daß Schädel und Hirn herumspritzen, wer denkt da noch angesichts so glorreicher Taten an die schmachvollen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? ...« Zugleich fragte aber auch die Autorin: »War ein endgültiger Sieg des revolutionären Proletariats in dieser Auseinandersetzung, war der Sturz der Ebert-Scheidemann und eine Aufrichtung einer sozialistischen Diktatur zu erwarten? Gewiß nicht, wenn man alle Momente reiflich in Betracht zieht, die über die Frage entscheiden. Die wunde Stelle der revolutionären Sache in diesem Augenblick; die politische Unreife der Soldatenmasse, die sich immer noch von ihren Offizieren zu volksfeindlichen gegenrevolutionären Zwecken mißbrauchen läßt, ist allein schon ein Beweis dafür, daß ein dauernder Sieg der Revolution in diesem Zusammenstoß nicht möglich war. Andererseits ist diese Unreife des Militärs selbst nur ein Symptom der allgemeinen Unreife der deutschen Revolution.« Hinzu komme, dass Berlin vom Reich so gut wie isoliert gewesen sei. Aus alledem ergebe sich, dass auf einen dauernden Sieg in diesem Augenblick noch nicht gerechnet werden konnte. Doch vor die Tatsache der frechen Provokation seitens der Ebert-Scheidemann gestellt, »war die

⁴¹ Die Rote Fahne, Nr. 12 vom 12.1.1919.

revolutionäre Arbeiterschaft gezwungen, zu den Waffen zu greifen«. Dies sei eine »Ehrensache der Revolution« gewesen.⁴²

Eine verpasste Chance?

Der Januaraufstand war eine spontane Erhebung. Weder die »Revolutionären Obleute«, noch die USPD, noch der Spartakusbund haben ihn geplant oder initiiert. Vorgesehen war nur eine reine Protestdemonstration gegen die geplante Absetzung von Emil Eichhorn. Doch dann haben sich Hunderttausende an den Massenprotesten beteiligt. Die Initiatoren waren selber von diesem Ausmaß völlig überrascht.

Was aber hat so viele Menschen auf die Straße getrieben? Die Absetzung von Emil Eichhorn kann nicht der alleinige Grund gewesen sein. Ganz offenkundig waren große Teile der Arbeiterschaft mit dem Gang der Entwicklung nach Beendigung des Krieges unzufrieden. Nach vier Jahren Krieg erwarteten sie einen wirklichen Neubeginn, den Bruch mit einem System, das ihnen diesen mörderischen Krieg eingebracht hat. Viele Arbeiter machten den Kapitalismus für den Krieg verantwortlich. Sie wollten, dass die Schuldigen am Krieg zur Rechenschaft gezogen werden und erwarteten nun einschneidende demokratische Reformen, die den Weg frei machten für eine Entwicklung hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Ein Großteil der Demonstranten stand noch auf dem Boden des »Erfurter Programms«. Dieses forderte ein allgemeines, demokratisches Wahlrecht und die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Voraussetzung sei die politische Macht in Händen der Arbeiterschaft. Diese Macht besaßen die Arbeitervertreter 1919, und sie hätten demokratische Reformen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen können.

Der Rat der Volksbeauftragten leitete seine Herrschaftslegitimation von dem »Recht der Revolution« ab. Durch die Revolution sind die Volksbeauftragten überhaupt erst in ihr Amt gekommen, und kraft der Revolution sollte es ihre Aufgabe sein, für die Ziele der Revolution einzutreten, die da lauteten: Errichtung einer demokratischen Republik und Verwirklichung einer sozialen Demokratie.

⁴² Die Rote Fahne, Nr. 14 vom 14.1.1919.

Die Position der Volksbeauftragten war im November 1918 außerordentlich stark, wie Arthur Rosenberg in seinem Werk hervorhebt. Das Millionenheer der Soldaten stand hinter ihnen, und die Arbeiterräte waren an die Seite der Soldatenräte getreten. »Von den gesamten Millionenmassen der deutschen Soldaten war Anfang November nur eine verschwindend kleine Minderheit gegen die Revolution. ... Die erdrückende Mehrheit der Soldaten, die sich aus Arbeitern, Bauern und städtischen Mittelklassen rekrutierte, wollte die demokratische Republik und bekannte sich zur Regierung Ebert-Haase. ... So verfügte die Regierung der Volksbeauftragten über eine gewaltige militärische Basis.« (Rosenberg 1970: 7)

Außerordentlich geschwächt waren dagegen die Träger der alten preußischen Feudalordnung, die Offiziere, die Großgrundbesitzer und der hohen Beamten. Stark geschwächt war auch die Position der Großindustriellen. Die Staatsgewalt, die bislang ihre Interessen geschützt hatte, existierte nicht mehr. »Die Großindustriellen waren in schwerer Sorge vor einer kommenden Sozialisierung, einer vollständigen oder doch teilweisen Enteignung ihrer Betriebe. Sie waren zu allem bereit, wenn sie nur ihr Eigentum behielten.« (ebd.: 8)

In dieser Situation hatte die MSPD-Führung die Möglichkeit, verschiedene Forderungen, für die die Partei jahrelang eingetreten war, zu verwirklichen. Es wäre möglich gewesen, die Offizierskasinos zu schließen. Es wäre möglich gewesen, eine republikanische Volkswehr aufzubauen und den alten militärischen Dünkel wie den Grußzwang außer Diensten abzuschaffen. Es wäre möglich gewesen, die zivile Verwaltung zu demokratisieren und reaktionäre Beamte, die offen ihren Widerwillen gegen die Republik bekundeten, zu entlassen und durch neue Kräfte zu ersetzen, ohne dass die Verwaltung insgesamt zusammengebrochen wäre. Es wäre möglich gewesen, eine demokratische Bodenreform durchzuführen und so den Einfluss der ostelbischen Rittergutsbesitzer, die traditionell allen Bestrebungen nach Demokratie entgegengetreten waren, zurückzudrängen. Und es wäre möglich gewesen, eine partielle Sozialisierung vorzunehmen, ohne dass es zu Einbrüchen in der Wirtschaft insgesamt gekommen wäre. Solche Maßnahmen hätten eine Aufbruchstimmung erzeugt. Grundlegende Reformen wurden aber entweder nicht angegangen oder verschleppt. Die Ankündigung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung war weiten Teilen der Arbeiterschaft zu wenig. Sie waren enttäuscht von der überaus zaghaften, zögerlichen Politik der MSPD-Führung. Von einer demokratischen Aufbruchstimmung war wenig zu spüren.

Die MSPD-Führung begründete ihr Verhalten damit, dass demokratische Strukturreformen einem frei gewählten Parlament vorbehalten sein sollten. Demokratische Reformen der Gesellschaft standen aber nicht im Gegensatz zu den Wahlen zur Nationalversammlung, sondern hätten diese wirkungsvoll unterstützt, und wenn tatsächlich einzelne Maßnahmen nicht dem Willen der Mehrheit entsprochen hätten, so hätte ein frei gewähltes Parlament diese auch wieder rückgängig machen können.

Ein anderes Argument der MSPD-Führung lautete, dass bei Einleitung grundlegender Reformen die Entwicklung außer Kontrolle geraten und in bolschewistische Verhältnisse »abrutschen« könnte, wobei zum Schluss in einem allgemeinen Chaos eine entschlossene Minderheit die Macht an sich reißt und der Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Die Bolschewismusfurcht – so der SPD-Historiker Peter Lösche – war zu einem der wichtigsten Faktoren bei den politischen Entscheidungen der MSPD geworden (vgl. Lösche 1967: 164).⁴³ Eine bolschewistische Bedrohung hat es aber zu keinem Zeitpunkt wirklich gegeben. Als der Revolutionsausschuss am Sonntag, den 5. Januar, unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration vom Vortag zum Sturz der Regierung aufrief, war die Situation tatsächlich noch unüberschaubar, keiner konnte voraussehen, was sich entwickeln würde. Die Massenproteste hätten lawinenartig auf andere Städte übergreifen und sich zu einer allgemeinen Volkserhebung ausweiten können. Solch ein Flächenbrand hat aber nicht stattgefunden. Am Dienstagabend, spätestens aber am Mittwoch, war absehbar, dass der propagierte Aufstand gescheitert war. Die Massenproteste blieben im Wesentlichen auf Berlin beschränkt und die Soldatenvertreter versagten die Unterstützung. Auch die Volksmarinedivision distanzierte sich von dem Revolutionsausschuss.

Die Forderung »Sturz der Regierung« war im höchsten Maße abenteuerlich und verantwortungslos. Sie wurde aus der Situation heraus, spontan aufgestellt. Es gab aber überhaupt keine Strategie, wie die Regierung gestürzt werden sollte und kein Programm, was nach dem Sturz der Regierung kommen sollte. Der Aufstand verlief ziellos und führerlos, er konnte gar nicht erfolgreich sein. Am Mittwoch kam es zwar noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber zu keinen größeren Massendemonstrationen mehr. In dieser veränderten Situation hätte die MSPD flexibel rea-

⁴³ »Das Hauptproblem der deutschen Innenpolitik«, so Lösche, »wurde der Kampf gegen die Linke, sodaß andere Fragen, wie die Demokratisierung und Sozialisierung der Wirtschaft unberücksichtigt blieben.« (Lösche 1967: 171)

gieren müssen und nicht mit einem Aufruf, der wie Öl in die glimmende Flamme wirken musste. Der Abbruch der Verhandlungen und der Aufruf der Regierung mit der Drohung »Die Stunde der Abrechnung naht« sowie das Flugblatt der »Arbeitsstelle Berliner Studenten« hatten aufs Neue die Empörung und den Kampfeswillen in Teilen der Arbeiterschaft entfacht. Der Hinweis auf 1914 und die Behauptung, dass die Gefahr jetzt größer sei als damals, musste zusätzlich provozierend wirken, angesichts der Millionen Toten und des entsetzlichen Leids, das dieser Krieg über die Menschen gebracht hat.

Die MSPD-Führung – so Lösche – sah hinter dem Januaraufstand den Spartakusbund (ebd.: 171). In dem Aufruf der Reichsregierung vom 8. Januar »Die Stunde der Abrechnung naht« hieß es: »Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht.« Nach Beendigung der Januarunruhen sprach die MSPD Führung davon, dass nun die Spartakusherrschaft zusammengebrochen sei. Diese Aussagen stimmen in keiner Weise mit der Wirklichkeit überein. Es hat in Berlin zu keinem Zeitpunkt eine Spartakusherrschaft gegeben. Es gab auch keinen »Spartakusaufstand«: Der Spartakusbund hat sich als eine kleine, aber entschlossene Minderheit lediglich an die Massenproteste rangehängt, hat versucht, diese zu beeinflussen und »vorwärtszutreiben«, aber mit nur sehr mäßigem Erfolg. Der Spartakusbund hatte zu keinem Zeitpunkt bestimmenden Einfluss auf die Massenproteste. Die Masse der Demonstranten waren keine Spartakus-Anhänger, die eine wie auch immer geartete Diktatur des Proletariats anstrebten, sondern die große Mehrheit der Demonstranten wollte die Nationalversammlung. Die meisten Demonstranten wollten aber mehr als nur Wahlen zur Nationalversammlung, Demokratie war für sie nicht nur die Abgabe eines Stimmzettels alle paar Jahre. Sie wollten zusätzlich soziale Reformen. Erst die Untätigkeit der MSPD-Führung auf diesem Gebiet hat so viele Menschen auf die Straße getrieben. Die MSPD-Führung sah aber in den Massenprotesten keine Aufforderung zum Handeln, sondern lediglich eine Bedrohung, den Auftakt zur bolschewistischen Revolution. Sie hat die Massenproteste völlig falsch eingeschätzt.

»Zeigt den Schurken eure Macht«, »Kampf bis zum letzten Atemzug«, »Auf zu den Waffen«, »Die Ebert-Scheidemann werden ihr Wunder erleben« – die Aufrufe und Proklamationen des Spartakusbundes oder seiner Mitglieder waren stets aggressiv und konnten in der Tat furchterregend wirken. Die hemmungslose Propaganda des Spartakusbundes hat zweifelsohne bei den Mehrheitssozialisten Ängste vor einem bolschewistischen Umsturz

geschürt und sie nach rechts getrieben. Das lautstarke Auftreten des Spartakusbundes täuschte aber eine Stärke vor, die faktisch gar nicht vorhanden war. Es stand in einem diametralen Gegensatz zu der Konzeptlosigkeit und inneren Schwäche des Spartakusbundes. Dieser hatte damals schätzungsweise 2.000-3.000 Anhänger. Es gibt keine genauen Angaben über die Mitgliederstärke. Hans Mommsen schätzt, dass der Spartakusbund »bestenfalls« einige Tausend Anhänger hatte (vgl. Mommsen 1989: 34). Ossip Flechtheim und auch Walter Tormin erwähnen, dass die Schätzungen zwischen einigen tausend Mitgliedern und einigen hundert schwanken. Peter von Oertzen schreibt, dass der Einfluss des Spartakusbundes auf die deutschen Arbeiter 1918/19 sehr schwach war (vgl. v. Oertzen 1976: 85). Alle Autoren sind sich einig, dass der Spartakusbund eine unbedeutende Randgruppe war. Er hatte allerdings mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwei sehr populäre Führer, die mit ihrer kompromisslosen Haltung gegen den Krieg sich viel Anerkennung und Achtung in breiten Arbeiterschichten erworben haben. Lösche berichtete sogar, dass es Zeiten gegeben habe, in denen der Name Liebknecht wie ein »Heiliger« genannt wurde (vgl. Lösche 1967: 172). Der Spartakusbund war dann ja auch im Revolutionsausschuss überproportional vertreten.

Die Anerkennung vieler Arbeiter für die mutigen Friedenskämpfer bedeutete aber noch keine Zustimmung zu der Politik des Spartakusbundes während der Revolutionsereignisse. Der Spartakusbund hatte kein Aktionsprogramm, das einen praktischen, gangbaren Weg wies. Dies lag zum einen daran, dass der Spartakusbund weder in den Fabriken noch in den Arbeiterräten stark vertreten war, zum anderen aber auch daran, dass die Führung des Spartakusbundes nicht zu einer wirklichen Selbstkritik fähig war, sondern starr und dogmatisch an der einmal entwickelten Strategie festhielt. Rosa Luxemburg hat immer wieder die Massen beschworen. Sie hat aber nicht die Massen genommen, wie sie wirklich waren, sondern wie sie sie haben wollte. Ganz offensichtlich hatte sie die Fühlung zu den Massen weitgehend verloren. Auch nach der vollständigen Niederlage im Januaraufstand war sie nicht in der Lage, die eigene Position in einer selbstkritischen Analyse zu überprüfen. In ihrem letzten Leitartikel stellte sie rückblickend die Frage: »War ein endgültiger Sieg des revolutionären Proletariats in dieser Auseinandersetzung, war der Sturz der Ebert-Scheidemann und eine Aufrichtung der sozialistischen Diktatur zu erwarten?« Ihre Antwort lautete: »Gewiß nicht, wenn man alle Momente reiflich in Betracht zieht« Warum hat die Führung des Spartakusbunds dann aber die Arbeiter während

des gesamten Januaraufstandes immer wieder zum bewaffneten Kampf aufgefordert, wenn dieser doch keine Aussicht auf Erfolg hatte? Für das Scheitern des Aufstandes machte der Spartakusbund die »Unreife« der Soldatenmasse und die Führung verantwortlich. »Die Führung hat versagt«, lautete das Fazit; diese müsse neu geschaffen werden. Kein Wort der Selbstkritik.

In Wirklichkeit war die Orientierung auf den bewaffneten Aufstand falsch. Er hatte nicht die Spur einer Chance auf Erfolg. Die »Revolutionären Obleute« und der Spartakusbund hatten noch nicht einmal unter den politisch aktiven Arbeitern eine Mehrheit, und anders als in Russland war die Bauernschaft insgesamt gegen eine Revolution, ebenso die bürgerlichen Mittelschichten, das Bürgertum und – natürlich – die konservativen Kräfte des alten Regimes. Rund um Berlin formierten sich die schwerbewaffneten Freikorps, die nur darauf warteten, gegen die revolutionären Arbeiter eingesetzt zu werden. In dieser Situation zum bewaffneten Kampf aufzurufen, zeugt von einer völligen Verkennung der Realitäten und einer katastrophalen Selbstüberschätzung der eigenen Kräfte.

Der Leitartikel in der »Roten Fahne« vom 10.1.1919, »Der Todeskampf der Ebert-Scheidemann«, war einer der radikalsten. In ihm wurde geradezu der Eindruck erweckt, als wenn das Proletariat nun in die entscheidende Phase der Revolution eintrete. »Die Hunderttausende von Proletariern, die in diesem Kriege das Waffenhandwerk gelernt, sie mögen jetzt ihre Kunst erweisen.« Die Stimmung unter den Arbeitern wurde völlig falsch eingeschätzt; diese war nicht auf Bewaffnung und gewaltsamen Aufstand ausgerichtet, sondern auf Einigung. Auf der Massenkundgebung im Humboldt-hain erschienen die Arbeiter bewusst ohne Waffen, um ihre friedlichen Absichten zu bekunden. Der Spartakusbund hat auch die Einigungsbewegung falsch eingeschätzt. Diese wurde nicht von der USPD initiiert, eine Massenbewegung von solch einem Ausmaß lässt sich nicht initiieren. Sie war spontan entstanden und hat die Meinung großer Teile der Arbeiterschaft ausgedrückt, wobei eine Einigung sicherlich nicht mit Noske und Ebert angestrebt wurde.

Große Teile der Sozialdemokratischen Partei dachten aber ganz anders als diese, sie waren mit Noske und Ebert unzufrieden, weil diese soziale Veränderungen blockierten. Die Arbeiter spürten, dass nur gemeinsam etwas erreicht werden kann, und zwar auf der Grundlage eines realistischen Programms. Die Forderungen des Spartakusbundes waren aber nicht realistisch, sie gingen völlig an dem Bewusstsein der großen Arbeitermasse vorbei wie auch an den realen Möglichkeiten. Realistisch wäre ein antika-

pitalistisches Reformprogramm gewesen, ein Programm sozialer und demokratischer Reformen, die abgestuft und einander ergänzend ablaufen und die nicht im Gegensatz zum Sozialismus stehen, sondern im Gegenteil dessen notwendige Voraussetzung sind. Die Propagierung des bewaffneten Aufstandes hat dagegen nur den rechten Kräften in die Hände gespielt, sie war auch der Vorwand für das brutale Eingreifen der Freikorps.

Die Verkennung der Realitäten zeigte sich auch in der Frage der Nationalversammlung. Trotz der eindeutigen Niederlage im Januaraufstand hatte Rosa Luxemburg noch immer die Hoffnung, dass die Nationalversammlung gar nicht zustande kommt. In einem Brief an Clara Zetkin vom 11. Januar schrieb sie: »... wenn die Dinge so weiter verlaufen wie bisher, erscheint es sehr fraglich, ob es überhaupt zu Wahlen und zur Nationalversammlung kommt.« (zit. nach Luban 2001: 22) Die »Feinde der Revolution« hätten ihre ganze Hoffnung auf die Nationalversammlung gesetzt, doch tatsächlich »führt die Frage der Nationalversammlung ein kümmerliches und problematisches Dasein«. Eine völlige Fehleinschätzung! Die Führung des Spartakusbundes hätte erkennen können, dass eine überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft die Nationalversammlung begrüßte. Die Gegenüberstellung von Nationalversammlung und Rätedemokratie war eine Scheinalternative. In Wirklichkeit ging es um die Frage, wie weit auch die Wirtschaft demokratisiert und was neben der Nationalversammlung zusätzlich an sozialen Reformen erkämpft werden kann. »Die Freiheit« schrieb zu der Konzeption des Spartakusbundes: »Die Spartakisten müssen erkennen, daß ihr Widerstand gegen die NV auf einer ganz falschen Einschätzung der deutschen Verhältnisse beruhte. R. Luxemburg macht dafür die Unreife der Arbeiter verantwortlich. Aber kann man eine Politik treiben, die von den Tatsachen absieht, ohne Schiffbruch zu erleiden?«⁴⁴

Die Fehleinschätzung der politischen Lage zeigte sich schon auf dem Gründungsparteitag der KPD, der vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 stattfand. In ihrer Rede zum Programm führte Rosa Luxemburg aus: »Diese Regierung verliert mit jedem Tag mehr an Rückhalt in den großen Massen des Proletariats, es sind neben dem Kleinbürgertum nur noch Reste, traurige Reste der Proletarier, die hinter ihr stehen. ... Das Proletariat als Masse ist bereits ihren Händen entschlüpft, die Soldaten sind gleichfalls nicht mehr als konterrevolutionäres Kanonenfutter zu gebrauchen. Was bleibt diesen armen Leutchen denn überhaupt noch üb-

⁴⁴ Die Freiheit, Nr. 83 vom 31.12.1918.

rig, um ihre Situation zu retten?« (zit. nach Kolb 1962: 152) Drei Wochen später bekamen die »armen Leuten« bei den Wahlen zur Nationalversammlung 38% der Stimmen!

Die Politik des Spartakusbundes war häufig von Wunschdenken bestimmt. Anstatt von dem tatsächlich existierenden Bewusstsein der Massen auszugehen und zusammen mit anderen Kräften sich für das politisch Machbare einzusetzen, betrieb der Spartakusbund eine sektiererische Politik des »Alles oder Nichts«, mit der er sich immer mehr von den Massen und potentiellen Bündnispartnern isolierte. Die großen Sympathiewerte, die der Spartakusbund sich mit seiner konsequenten Haltung gegen den mörderischen Krieg erworben hat, konnte er nicht umsetzen, weil er kein realistisches Konzept für die Nachkriegsordnung hatte. So blieb der Einfluss des Spartakusbundes auf die Arbeiter stets unbeträchtlich. In der sozialdemokratischen Berichterstattung wurde dieser aber enorm aufgebauscht und die bolschewistische Bedrohung geradezu gespenstisch an die Wand gemalt. Die vollmundigen Erklärungen des Spartakusbundes wurden als Realität genommen. »Sicherlich war die Furcht vor dem Bolschewismus«, so Eberhard Kolb in seiner gründlichen Analyse der Arbeiterräte, »bei den meisten SPD-Führern subjektiv ehrlich und hatte sehr reale Ursachen und deshalb ihre Berechtigung; aber es ist andererseits doch eindeutig nachzuweisen, daß die SPD-Führung teils durch die eigene Presse die Bolschewistenfurcht selbst mit erzeugte, teils ihre Erzeugung durch bürgerliche Kreise begünstigte oder wohlwollend duldete, so daß seit Januar eine regelrechte Psychose herangezüchtet wurde, deren Gefangene nunmehr die Regierung selbst wurde.« (ebd.: 406) Es wurde ein Popanz aufgebaut, um die eigene Vorgehensweise zu rechtfertigen.

Die MSPD-Führung hat aber nicht nur die Massenproteste vom 5., 6. und 7. Januar, sie hat die Rätebewegung insgesamt falsch eingeschätzt. Sie sah in der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte zunächst nur die Nachahmung des russischen Beispiels. »Revolutionstaktik, Straßenkämpfe oder Massenstreik erinnerten sie an das russische Beispiel und enthielten für sie die Gefahr, daß die Bewegung in einem nicht mehr zu kontrollierenden Chaos enden könnte.« (Lösch 1967: 165) Linksradikale Gruppierungen hatten aber keinen Einfluss auf ihre Entstehung. Die Räte waren aus einer allgemeinen Friedenssehnsucht spontan entstanden. Als dann die Matrosenunruhen in Kiel ausbrachen, auf das ganze Reich überschlugen und das »Unheil« – so Noske – nicht mehr aufzuhalten war, setzte sich die SPD an die Spitze der Bewegung, um den Kontakt zu den Massen nicht zu verlie-

ren (vgl. Noske 1947: 68). Das Verhältnis der MSPD-Führung zur Rätebewegung blieb aber angespannt. Am prononciertesten hat dies Phillip Scheidemann ausgedrückt. Auf dem 1. Rätekongress führte er aus: »Ich habe die feste Überzeugung, daß die dauernde Einrichtung der AnSRs bedeuten würde – ich spreche dies nach reiflicher Überlegung aus – den absolut sicheren Ruin unseres Handels und unserer Industrie, den absolut sicheren Untergang des Reiches. Die Räte können uns weder Brot noch Frieden schaffen, aber sie werden mit tödlicher Sicherheit, wenn diese Republik fortgesetzt wird, uns in Deutschland den Bürgerkrieg schaffen.« (zit. nach Kolb 1962: 173) Gegenüber einer amerikanischen Journalistin äußerte er Ende Januar 1919, in den Räten seien viele fragwürdige Gestalten aufgetaucht, die groben Unfug verübt hätten; vielerorts hätten die Räte eine »geradezu gemein gefährliche Wirksamkeit« entfaltet. (ebd.)

Doch auch schon damals haben führende Sozialdemokraten die Rätebewegung anders bewertet. Ebenfalls auf dem 1. Rätekongress hat sich Max Cohen-Reuss vehement für die Nationalversammlung eingesetzt, zugleich aber auch die Arbeiter- und Soldatenräte ausdrücklich gelobt. »Ich will hier einmal zuerst, weil ich in der Diskussion gestern nicht zu Wort gekommen bin, das offene Bekenntnis ablegen, daß ein späterer Geschichtsschreiber über die Arbeiter- und Soldatenräte viel günstiger urteilen wird, als es die Gegenwart tut, die mitten im Streite steht. Man wird zu der Erkenntnis kommen, daß ohne die Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Tagen wahrscheinlich schon die Katastrophe hereingebrochen wäre. (Sehr richtig!) Nur die Arbeiter- und Soldatenräte sind es gewesen, die die Ordnung aufrecht erhalten konnten und die soviel Autorität besaßen, daß nicht alles drunter und drüber ging; und ebenso, wie man zugeben muß, daß sie manche Geldmittel verschwendet haben – aber wie wäre das in so ungeordneten Zuständen auch anders möglich! –, so haben die Arbeiter- und Soldatenräte auch Milliarden von deutschem Volksvermögen gerettet. (Sehr richtig!) Ich meine also, die Arbeiter- und Soldatenräte hatten ihre Berechtigung und werden ihre Berechtigung auch weiter haben.« (zit. nach Ritter/Miller 1983: 377)

In seiner späteren Analyse der Rätebewegung kommt Tormin zu ähnlichen Ergebnissen: »Hauptbeschäftigung der Arbeiter- und Soldatenräte war in den ersten Tagen der Revolution die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Räte waren oft die einzige Instanz, die einige Autorität besaß, einen Sicherheitsdienst zu organisieren, die Lebensmittelverteilung überwachen und die Entlassung der politischen Gefangenen regeln konnte.«

(Tormin 1954: 89) Die Bewertungen der Rätebewegung sind also sehr verschieden. Sie schwanken zwischen der Behauptung, dass einzig die Arbeiter- und Soldatenräte ein völliges Chaos abgewendet, und der anderen, dass sie geradezu gemeingefährliche Aktivitäten entfaltet hätten.

Tatsache ist aber: Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte bestand aus Sozialdemokraten. Obwohl die MSPD-Führung den Räten skeptisch bis ablehnend gegenüberstand, haben zahlreiche Sozialdemokraten sich den Räten angeschlossen, oft waren diese sogar aus den sozialdemokratischen Parteien hervorgegangen (vgl. ebd.: 92). In vielen Mittel- und Kleinstädten waren die Arbeiter- und Soldatenräte nur »ein Ausschuß der sozialdemokratischen Parteien« (vgl. ebd.: 90). Die sozialdemokratisch geprägte Gewerkschaftsführung sah in der Rätebewegung ebenfalls eine »unzulässige Konkurrenz«, dennoch arbeiteten zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder in den Räten mit und leisteten dort konstruktive Arbeit (vgl. Ruge 1985: 54, 76).

Auch wenn die Beurteilung der Räte insgesamt sehr unterschiedlich ausfällt, steht aber eines fest: Die Anhänger der parlamentarischen Demokratie besaßen selbst unter den Räten eine klare Mehrheit (vgl. Ritter/Miller 1983: 363). »Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte«, so urteilt auch Tormin, »sah ihr Ziel in einer parlamentarisch-demokratischen und sozialen Republik. Die äußerste Linke, die ununterbrochen ›Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!‹ ausrief, war in der eigenartigen Situation, daß die Räte selbst alle Macht gar nicht haben wollten.« (Tormin 1954: 94)

Auf dem 1. Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagte, wurde mit etwa 400 zu 50 Stimmen beschlossen, Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durchzuführen. Einen Antrag, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Gäste mit beratender Stimme an dem Kongress teilnehmen zu lassen, hatten die Delegierten gleich zu Beginn der Tagung mit großer Mehrheit abgelehnt (vgl. Winkler 2002: 385). Dies war kein Zufallsergebnis, sondern entsprach der Stimmung innerhalb der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Rätebewegung, so stellte auch Rürup fest, hatte ein »relativ einheitliches politisches Programm«. Ihr Ziel war eine »alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende parlamentarisch-demokratische Neuordnung, eine ›Demokratisierung‹ vor allem des Heeres, der Verwaltung und der Wirtschaft Dabei bedeutete diese grundsätzliche Entscheidung für die Nationalversammlung und ein parlamentarisches System nicht, dass alle Entscheidungen

über den Demokratisierungsprozess der Nationalversammlung vorbehalten sein sollten.« (Rürup 1975: 9)

Weder die Rätebewegung noch die Massendemonstrationen Anfang Januar 1919 waren für die Regierung eine ernsthafte Bedrohung. Der Januaraufstand war in sich zusammengebrochen, am Freitag hatte sich auch die KPD ganz aus der Aufstandsleitung zurückgezogen. Die Zeitungsbesetzer waren völlig isoliert. Nicht nur die USPD, auch die Einigungsbewegung forderte sie zur Aufgabe auf. Es ist schwer nachzuvollziehen, warum die Besetzer in dieser aussichtslosen Lage sich nicht zurückgezogen haben. Aber offenbar machten sie sich Illusionen über die Unterstützung innerhalb der Arbeiterschaft. In dieser Situation wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn auch der Spartakusbund die Besetzer zur Aufgabe aufgefordert hätte, auf ihn hätten die Besetzer wohl am ehesten gehört. Aber auch so war die gewaltsame Erstürmung durch die Freikorps überhaupt nicht notwendig. Arthur Rosenberg irrt, wenn er schreibt: »Die Gewaltanwendung gegen die Utopisten war nicht zu vermeiden. ... Das Verhängnis für die deutsche Republik kam nicht dadurch, daß Noske Gewalt anwandte, sondern mit welchen Truppen er Gewalt anwandte.« (Rosenberg 1970: 58f.) Nicht nur der Einsatz der Freikorps, eine gewaltsame Auseinandersetzung hätte gänzlich vermieden werden können. Eine Umzingelung hätte völlig ausgereicht, um den Besetzern die Aussichtslosigkeit ihrer Lage klar zu machen. Es war nur eine Frage von wenigen Tagen, bis die Besetzer aufgegeben hätten. Die Besetzung der Zeitungshäuser war ein Ärgernis für die Republik, aber keine Gefahr und auch die Wahlen zur Nationalversammlung wären durch sie nicht nachhaltig gestört worden.

Es gibt keinen Zweifel: Wenn die MSPD-Führung gewollt hätte, hätte sie diesen Konflikt friedlich lösen können. Aber es gab innerhalb der MSPD-Führung Kräfte, die eine Verständigung nicht wollten, die ein Exempel statuieren wollten. Gustav Noske gehörte mit Sicherheit zu ihnen. Er hatte sich – wie er selbst schrieb – »auf das nachdrücklichste gegen einen Kompromiß ausgesprochen« (Noske 1920: 73). Die USPD-Unterhändler hatten ja schon am Dienstag den Eindruck, »dass die Regierung durchaus nicht alles daransetzen wolle, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sondern bereit sei, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten.« Doch auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei und in den Reihen der Zentralrats-Mitglieder gab es Unbehagen über den von Ebert und Noske eingeschlagenen Kurs. Noch am Dienstag hatten sich drei Mitglieder des Zentralrats für die Annahme von Kautskys Vermittlungsvorschlag ausge-

sprochen, der eine friedliche Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen vorsah (Kolb 1962: 249).

Am 9. Januar wurde abermals im Zentralrat über die Politik Noskes debattiert und über die Probleme, die sich aus dieser Politik zu ergeben drohten. Albert Grzesinski kritisierte das wahllose und unkontrollierte Hinzuziehen bürgerlicher Elemente in die Freiwilligenverbände; dies könne später recht unliebsame Folgen haben. Seine Bedenken wurden von Max Cohen geteilt, der gerade in Noskes Hauptquartier in Dahlem gewesen war und sich dort unter anderem über die Anwerbung von Freiwilligen informiert hatte. Cohen berichtete, er sei »entsetzt« gewesen und es sei ihm »kalt über den Rücken gelaufen«, als er feststellen mußte, daß unter den angeworbenen Offizieren viele seien, »denen alles sozialistische Empfinden fern liegt, und die sich darauf freuen, einmal wieder dazwischenhauen zu können«. »Ich muß sagen«, so Cohen, »es graut mich vor dem, was kommen kann. An denen ist die ganze Zeit spurlos vorübergegangen« (zit. nach Wette 1987: 329). Den Zentralrat erreichten zudem zahlreiche Protesttelegramme sozialdemokratischer Mitglieder, in denen der politische Kurs der MSPD-Führung ebenfalls kritisiert wurde (Kolb 1962: 248f.).

Obwohl die Kämpfe in Berlin im Wesentlichen beendet waren, marschierte Noske am 11. Januar an der Spitze der Freikorps demonstrativ in die Stadt ein. Diese Machtdemonstration war ebenfalls völlig überflüssig; sie hat aber viel böses Blut erzeugt. Noske selber wurde in bestimmten Arbeiterkreisen zum bestgehassten Politiker. In der Literatur wird oft behauptet, dass Noske und der Mehrheitssozialdemokratie gar nichts anderes übrig blieb als gestützt auf die rechtsgerichteten Freikorps den Januaraufstand niederzuschlagen. Dabei werden die Zusammenhänge oft falsch dargestellt. So schreibt beispielsweise Armin Fuhrer in seiner Thälmann-Biografie: »Noske kann sich nur auf wenige regierungstreue Truppen in Berlin stützen – so greift er notgedrungen auf das rechtsgerichtete Freikorps des Generals von Lüttwitz zurück. Auf seinen Befehl hin wird der Aufstand am 12. Januar 1919 niedergeschlagen.« (Fuhrer 2011: 66) Der Aufstand wurde nicht am 12. Januar niedergeschlagen, er war bereits vorher in sich zusammengebrochen. Als Noske mit seinen Truppen in Berlin einzog, meldete ihm der Berliner Stadtkommandant, Anton Fischer, »daß nichts mehr zu tun sei, als die Ordnung nun aufrecht zu erhalten und die Waffenabgabe zu erzwingen« (zit. nach Wette 1987: 327). Auch ist es falsch, dass Noske sich in Berlin nur auf wenige regierungstreue Truppen stützen konnte. Neben dem Regiment Reinhard gab es in Berlin das »Regiment

Liebe« und das »Regiment Reichstag« als republikanische Formationen. Nun werden die republikanischen Regimenter je nach politischem Standpunkt sehr unterschiedlich bewertet. Von Freikorpsseite wurde der militärische Wert dieser Verbände stets als sehr gering dargestellt. General Georg Maercker ging sogar so weit zu behaupten, dass die republikanischen Regimenter eine ebenso große Gefahr für die Sicherheit Berlins geworden waren wie die Spartakisten. Sie hätten sich feindlich gegenübergestellt und sich gegenseitig Plünderung oder Feigheit vorgeworfen (vgl. v. Oertzen 1936: 274f.). Dagegen gab der Berliner Stadtkommandant rückblickend eine recht positive Einschätzung der beiden Regimenter. Sie hätten »in einwandfreier Weise mit Bravour, Geschick und vielen blutigen Opfern Berlin und die Regierung wieder auf die alten Füße gestellt, Ordnung und Sicherheit geschaffen«, und zwar bevor die Noskeschen Freikorps überhaupt eingegriffen hätten (zit. nach Wette 1987: 326). Tatsache ist, dass die beiden republikanischen Formationen den Schutz eines großen Stadtteils rings um den Reichstag übernommen und sich aktiv an der Rückeroberung der von den Aufständischen besetzten Zeitungsgebäude beteiligt haben.

Die pauschale Behauptung von der militärischen Unbrauchbarkeit der republikanischen Wehren ist eine Zweckbehauptung, um die Unentbehrlichkeit des Einsatzes der Freikorps herauszustellen. Es spricht vieles dafür, dass in Berlin zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die beiden republikanischen Regimenter ausgereicht hätten. Jedenfalls hat der Einmarsch der Freikorps nicht zur Beruhigung der Lage beigetragen, sondern war wiederum Quelle neuer Gewalt wie die brutale Ermordung der Vorwärtsbesetzer, die willkürliche Verhaftung von Ledebour und die bestialische Ermordung von Luxemburg und Liebknecht mit aller Deutlichkeit gezeigt haben.

Die MSPD-Führung hat die Gefahr einer Gegenrevolution völlig unterschätzt. Sie hat sich der Freikorps bedient, was zumindest in diesem Ausmaß gar nicht notwendig war. Problematisch war dabei vor allem auch, dass sie keine wirkliche Kontrolle über die Tätigkeit der Freikorps hatte – diese handelten vielmehr weitgehend eigenständig, in vielen Fällen willkürlich. Dabei gab es militärpolitische Alternativen zu dem Freikorps-Einsatz. Hätte Noske nicht einseitig eine Freikorpspolitik betrieben, sondern die republikanischen Verbände ausgebaut – der Einsatz der Freikorps wäre weitestgehend entbehrlich gewesen. Charakteristisch für die damalige verfahrenere Lage war auch, dass in keiner Kabinettsitzung jemals über Noskes Militärpolitik debattiert wurde. »Es gab keinen Be-

schluß darüber, an welcher politischen Linie sich Noske orientieren sollte, und es gab auch keine Kritik an dem Weg, den er dann von sich aus eingeschlagen hatte. Es hat den Anschein, als ob die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissell ihren Kollegen Noske ganz einfach dankbar waren für seine Bereitschaft, die ›Drecksarbeit‹ zu erledigen« (Wette 1987: 329)

Während die führenden Mehrheitssozialdemokraten ständig eine bolschewistische Gefahr beschworen, die es in Wirklichkeit so gar nicht gab, ignorierten sie die Gefahren, die sich aus der Zusammenarbeit mit den Freikorps und den alten Mächten ergab. Für sie waren entscheidend, dass an der Staatsspitze ein Wechsel stattgefunden hat, damit sahen sie die Herrschaftsorganisation der gestürzten Klasse als beseitigt und damit auch die Gefahr einer Gegenrevolution. Sie übersahen dabei völlig, dass der gesamte gesellschaftliche Unterbau – die Verwaltung, die Justiz, der Militärapparat – nahezu unangetastet geblieben war und nach wie vor von Kräften dominiert wurden, die der neuen Ordnung ablehnend bis feindlich gegenüberstanden. Während die Arbeiter- und Soldatenräte als Elemente einer Diktatur angesehen wurden, besaßen OHL und Offizierskorps das unbedingte Vertrauen der führenden Mehrheitssozialisten. Als am 20. November 1918 im Kabinett von Seiten der USPD die Entlassung Hindenburgs gefordert wurde, antwortete Ebert, Hindenburg habe auf Ehrenwort versichert, hinter der neuen Regierung zu stehen, es bestehe kein triftiger Grund, gegen ihn vorzugehen (vgl. Kolb 1962: 179).

Besonders deutlich hat der Zentralrats-Vorsitzende Robert Leinert die Haltung der führenden Mehrheitssozialisten gegenüber den Freikorpsführern ausgedrückt: »Ich befürchte auch keine Konterrevolution. Denn die Leute müssen ja auf unsere Regierung einen Eid ablegen.« (zit. nach ebd.) Diese Vertrauensseligkeit wurde spätestens mit dem Kapp-Putsch bitter enttäuscht.

Haben die führenden Mehrheitssozialdemokraten tatsächlich an die bolschewistische Gefahr geglaubt, oder war dies nur vorgeschoben, weil sie grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gar nicht wollten oder Angst vor solchen Veränderungen hatten? Auf einige wird dies sicherlich zutreffen, doch ist diese Frage im Nachhinein nur sehr schwer zu beantworten. Sicher ist aber auch, dass das Handeln führender Sozialdemokraten maßgeblich von der Furcht vor dem Bolschewismus mit bestimmt gewesen war, wobei die Politik des Spartakusbundes zu dieser Angst nicht unwesentlich beigetragen hat. Aber nicht nur in der Retrospektive, sondern

auch schon damals war erkennbar, dass eine bolschewistische Gefahr nicht ernsthaft existierte.

Die MSPD hatte die Möglichkeit, zusammen mit Teilen der USPD und gestützt auf große Teile der Räte grundlegende gesellschaftliche Reformen in die Wege zu leiten. Damit hätte sie zugleich auch den radikaleren, utopistischen Bestrebungen den Wind aus den Segeln genommen. Auf diese Weise wäre eine stabile demokratische Ordnung mit sozialistischen Elementen entstanden, die als kämpferische Demokratie auch energischer gegen die zahlreichen paramilitärischen und antisemitischen Verbände hätte vorgehen können. Die MSPD tat dies nicht – sie hat damit eine einmalige historische Chance verspielt. Es war nicht nur die Furcht vor dem Bolschewismus, sondern vor allem auch die Angst vor der Verantwortung, die das Handeln der führenden Sozialdemokraten bestimmt hat.⁴⁵ Es ist eben leichter, an dem Bestehenden festzuhalten, als sich auf das Wagnis grundlegender Veränderungen einzulassen.

Hier rächte sich auch, dass in der Vorkriegs-SPD der Frage von systemüberwindenden Reformen, die schrittweise Veränderung der Gesellschaft hin zu einer sozialistischen Ordnung, nie ernsthaft diskutiert wurde. Die Vorkriegs-SPD glaubte, dass der Kapitalismus aufgrund seiner inneren Widersprüche in sich zusammenbrechen würde – die SPD brauche nur zu warten bis ihr die Macht zufiele. Als dann der MSPD in den Revolutionsereignissen von 1918/19 ohne ihr Zutun und gegen ihren Willen tatsächlich die Macht zufiel, hatte sie kein Konzept eines schrittweisen Übergangs zu einer neuen Ordnung. »Von der ersten Stunde an war es ihr Anliegen, den revolutionären Strom so schnell wie möglich in das kanalisierte Flußbett einer Wahlkampagne zu leiten; auf diesem Terrain fühlte sie sich sicher, während ihnen die Herrschaftsausübung ungewohnt und die alleinige Verantwortung zu tragen, unerträglich war.« (Kolb 1962: 181) Die Nationalversammlung erschien ihr als »der Rettungsanker in einem Meer der Unsicherheit ...« (ebd.). So bedeutsam das unbeirrte Eintreten der MSPD für die Nationalversammlung auch war, so einseitig und unvollkommen war andererseits doch diese Politik, da der Kampf für die Parlamentarisierung nicht eingebettet war in ein Gesamtkonzept einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. Ein schlichtes Entweder-oder hat es nicht gegeben, es gab die Möglichkeit eines »dritten Weges«. Es gab die Möglichkeit, ge-

⁴⁵ So stellt auch Tormin fest: »Der SPD fehlte oft der Mut zur Verantwortung und es fehlten ihr wohl auch die geeigneten Persönlichkeiten ...« (Tormin 1954: 132)

stützt auf die Volksbewegung eine fortschrittliche demokratische Republik mit sozialistischen Zügen zu errichten, eine Republik, die stabil genug gewesen wäre, um das Aufkommen des Nationalsozialismus zu verhindern.

Literatur

- Erdmann, Karl Dietrich (1955): Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte der Zeitgeschichte 3. Jahrgang, 1. Heft, S. 1-19.
- Flechthelm, Ossip (1948): Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach.
- Fuhrer, Armin (2011): Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, München.
- Haffner, Sebastian (2008): Die deutsche Revolution 1918/19, Köln.
- Kessel, Hans von (1933): Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918-1920, Berlin.
- Kolb, Eberhard (1962): Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf.
- Lösche, Peter (1967): Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920. Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band 29, Westberlin.
- Luban, Ottokar (2001): Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung und der Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 1.
- Luban, Ottokar (2008): Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Heft 6, Leipzig.
- Mommsen, Hans (1989): Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt a. M./Berlin.
- Noske, Gustav (1920): Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin.
- Noske, Gustav (1928): Die Abwehr des Bolschewismus. In: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928, Berlin.
- Noske, Gustav (1947): Erlebnis aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach a.M.
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von (1936): Die deutschen Freikorps 1918-1923, München.
- Oertzen, Peter von (1976): Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin/Bonn-Bad Godesberg.
- Reinhard, Wilhelm (1933): 1918-19. Die Wehen der Republik, Berlin.
- Retzlav, Karl (1976): Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Par-

- teiarbeiters. Frankfurt 1976.
- Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne (1983): Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Frankfurt a.M.
- Rosenberg, Arthur (1970): Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main.
- Rürup, Reinhard (1975): Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918-19, Wuppertal.
- Ruge, Ulrich (1985): Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a.M.
- Stadtler, Eduard (1935) Als Antibolschewist, 1918/19, Düsseldorf.
- Tormin, Walter (1954): Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19. Düsseldorf 1954, S. 130.
- Tormin, Walter (1973): Die Weimarer Republik, Hannover.
- Wette, Wolfram (1987): Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf.
- Winkler, Heinrich August (2002): Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, München.